

der lichtblick

34. Jahrgang
5/2001



IMPRESSUM**Herausgeber:**

Insassen der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel

Redaktion:

Professor Dr. Dr. Dr. h.c. Ernst Heinitz (†), Birgitta Wolf, (Ehrenmitglieder); Peter Bohl, Steffen Grosser, Wolfgang Rybinski, Matthias Schork, Cemal Seis; Ehrenamtlich: Oliver Kulik

Verantw. Redakteur:

Steffen Grosser (V.i.S.d.P.)

Druck: der lichtblick**Postanschrift:**

Redaktionsgemeinschaft der lichtblick
Seidelstraße 39, 13507 Berlin,
(0 30) 4 38 35 30

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft,
Kto.Nr.: 32 413 01, BLZ: 100 205 00
Berliner Bank AG,
Konto-Nr.: 3100 132 703, BLZ: 100 200 00

Auflage: 6.300 Exemplare**Allgemeines:**

Die Arbeit der Redaktionsgemeinschaft bestimmt sich nach Maßgabe des Statuts der Redaktionsgemeinschaft der lichtblick vom 1. Juni 1976.

Eine Zensur findet nicht statt!

Der lichtblick erscheint mindestens sechsmal im Jahr. Der Bezug ist kostenfrei. Spenden zu Gunsten des lichtblick sind als gemeinnützig anerkannt und steuerlich absetzbar.

Wichtig:

Reproduktion des Inhalts – ganz oder teilweise – nur mit schriftlicher Erlaubnis der Redaktion. Mit vollem Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bei eingesandten Manuskripten und Leserbriefen setzen wir das Einverständnis zum honorarfreien Abdruck und zur sinnwahren Kürzung voraus.

Eigentumsvorbehalt:

Die Zeitung bleibt Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird; auf § 31 Abs. 3 StVollzG wird besonders hingewiesen. Hiernach kann der Anstaltsleiter Schreiben anhalten, wenn sie grob unrichtige oder erheblich entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen enthalten. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, wobei eine »Zurücknahme« keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes darstellt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes zurückzusenden.

In eigener Sache

Archiv und Vertrieb: Wolfgang R.;
Bildbearbeitung, Mittelseite, S.35,
Unglaublich, Anzeigen, Adressen,
Layout: MAC;
Druck, Druckplatten, Kreativmanagement: Peter B.;
Tegel intern, Abgeordnetenhaus, Leserbriefe, Kultur und Fundgrube: Cemal S.;
Layout, Blitzlichter, S. 3, Titel, Recht, Medien, Das Letzte: Steffen G.;

Seite**4****Wahlkampf in Berlin**

Am 21. Oktober 2001 finden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und des zukünftig regierenden Bürgermeisters statt. Es wird entschieden, wer ab diesem Tage die leeren Haushaltskassen verwalten darf und muß.

Tegel Intern

Das letzte Mittel eines Gefangenen um Gehör zu finden ist der Hungerstreik. Warum und Weshalb die Gefangenen in der JVA Tegel in den Hungerstreik getreten sind und wieso die Anstalt eine Telefonanlage für Millionäre installieren lies, wird auf diesen Seiten offengelegt.

**Seite
10****Seite****18****Abgeordnetenhaus**

Knappe Therapieplätze und zu wenig therapeutische Betreuung. Der Maßregelvollzug in der Klemme? Beschwichtigende Argumentation seitens der Verantwortlichen. Wahlquoten statt Rückfallquoten.

Kultur-Tage in Tegel

Die Monate Juli und August wurden zu kulturellen Tagen in der JVA Tegel. Symphonie von der Straße und Klaviersonaten erklangen im Kultursaal der JVA Tegel. Aufbruch-Stimmung im Vollzug. Die Proben für eine neues Theaterstück in der JVA haben begonnen.

**Seite
26****Seite****28****Strafvollzugsrecht**

Keine Angst vor Paragraphen. Die Rechtsbestimmungen für selbstständige Lockerungen wie die Paragraphen 11 und 13 des Strafvollzugsgesetzes unter der Lupe. »Auslegung und Ermessensentscheidungen« - haben kein Platz bei der Erstellung von Vollzugsplänen.

Unglaublich aber Wahr

Thermoskanne als Auslöser für die genauere Betrachtung der Preisstrukturierung des Anstaltskaufmanns. Vom Telefonskandal zu Wucherpreisen für vergammelte und minderwertige Waren. Preisumbruch vom EDEKA zum KaDeWe. Hummer und Kaviar für Alle!

**Seite
38**

Kassen leer - Telio her

Vom Justizvollzug zum
Telekommunikationsunternehmen

Die Institution Justizverwahrvollzug Tegel ist die Karriereleiter ein Stück hinauf gefallen. Nun bewachen uns Mitarbeiter eines der größten Telekommunikationsunternehmen Berlins. Ron Sommer wäre neidisch bei den gigantischen Tarifen die der dumme Knacki bezahlen muß, wenn er mit der Außenwelt Kontakt aufnehmen will.

Die Obrigen der Justizvollzugsanstalt Tegel sprachen bei Einführung der neuen Telefonanlage von »Gleichstellung aller Gefangenen« und »Besserverdiener wären ja in der Vergangenheit bevorzugt worden«.

Und bitte schön was nun? Hat ein Gefangener mit der Lohnstufe II, auf Grund der neuen Telefonanlage nun genau die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung wie ein Gefangener mit der Lohnstufe V? Eine Gleichstellung der Gefangenen untereinander ist auch mit der neuen Telefonanlage nicht erreichbar. Die Annahme der Anstaltsleitung, daß mit der Einführung der neuen Telefonanlage der anstaltsinterne Handel mit Telefoneinheiten unter den Häftlingen unterbunden wird, bleibt eine Illusion.

Nicht nur in Hamburg ist schwarzbräunliche Gesinnung Regierungstauglich, auch die Staatsanwaltschaft Köln nimmt es mit der Ahndung von rhetorischen Überbleibseln aus der NS-Vergangenheit nicht so genau. So ist ihrer Meinung nach die Diffamierung »Volksschädling« von keiner strafrechtlichen Relevanz. Sondern es handelt sich hierbei um ein »Werturteil, dessen Verwendung durch das Grundrecht der

freien Meinungsäußerung gedeckt ist.« Weiter stellt die Staatsanwaltschaft Köln in Zweifel, »ob Straf- oder Untersuchungsgefängene« überhaupt »Teile der Bevölkerung« sind und damit Gefangene unter der »Kollektivbezeichnung [Volksschädlinge] beleidigungsfähig« seien können.

Viele Menschen, um nicht zuzugestehen Alle neigen gelegentlich dazu nicht die Wahrheit zu sagen, bedenklich wird es dagegen als Zeuge in einer Gerichtsverhandlung. Erschreckend wird es wenn bei einer Gruppenbetreuerin in den Teilanstalten III und V der JVA Tegel (die Gefangene auf ein straffreies Leben vorbereiten will), durch ein Gericht festgestellt wird, daß an ihren Aussagen »Zweifel an deren Wahrheitsgehalt« bestehen. Bleibt zu überdenken ob Frau F. eine richtige Vorbildfunktion ausfüllen kann.

In der Teilanstalt III der JVA Tegel wird derzeit ein neues Projekt zur Aggressionsbewältigung von Gefangenen erprobt. Hierbei werden durch den Zentralbeamten O. ausgesuchte Inhaftierte mit beleidigenden und schikanösen Parolen provoziert. Das Ziel besteht darin, den in einer Zwangslage befindlichen Gefangenen dahingehend zu bewegen, die Grenze vom Verbalen zum Tätigen zu überschreiten. Stellt sich die Frage, ob Beamte die kein diplomatisches Fingerspitzengefühl, keine Ahnung von Menschenführung haben, denen die Hormone durchgehen und die das nötige Engagement vermissen lassen, für einen so verantwortungsvollen Dienst die geeignete personelle Besetzung sind. ☑

Die Wahl des Imperators ist in eine heiße Phase getreten. Am 21. Oktober 2001 n. Chr. stellen sich die Anführer der einzelnen Provinzen zur Wahl.

Trotz sämtlicher Gerüchte die sich seit langem im Umlauf befinden, rechnet fast jeder Bewerber mit einem Sieg. Doch so schnell schießen die Römer nicht, auch nicht in Tegalien.



Inhalt

Blitzlichter	2
Titel	4
Tegel intern	10
Anzeigen	12
Anzeigen	16
Abgeordnetenhaus	18
Leserbriefe	22
Kultur	26
Recht	28
Medien	30
Adressen	32
Satire	20, 35
Fundgrube	36
Unglaublich	38
Das Letzte	39

Unser Titelbild zeigt die Kandidaten zur Wahl des Abgeordnetenhaus und des zukünftigen Bürgermeisters von Berlin. Mehr dazu ab S.4. Auch Tegalien hat sich auf der Mittelseite und S.35 des Themas angenommen.(teilw. zit. aus Asterrix Bd. 17 Egmont Ehapa Verlag)



Die Redaktionsgemeinschaft der lichtblick bedankt sich bei den Herren Bührer und Hoffmann für die Bereitstellung der Fotoaufnahmen u. a. für den Kulturbeitrag auf Seite 27. Ein Dank geht auch wie immer an die Setzerei und Buchbinderei, ohne deren Unterstützung ein Erscheinen des lichtblicks noch nicht möglich ist. Gleichzeitig danken wir auch den Spitzenkandidaten aller Parteien für die Zusendung der Wahlprogramme.

Berliner Wahlk(r)ampf 2001

Berliner Bürgerinnen und Bürger können zwischen: rotem Filz, schwarzen Kassen, grünen Wendehälsen und liberalen Meinungslosen wählen



Aus gegebenem Anlaß hat sich die Redaktionsgemeinschaft entschlossen die Wahlkampfprogramme der größeren Parteien die sich zur Wahl stellen, auszugsweise zu veröffentlichen. Dabei richtete der lichtblick seine Aufmerksamkeit auf die Themen innere Sicherheit, Justiz und Justizvollzug. Wenn der Leser beim betrachten der einzelnen Wahlkampfprogramme zu diesen Themen nichts oder nur sehr wenig findet, liegt es daran, daß diese Partei zum Thema innere Sicherheit oder Justizpolitik nichts zu sagen hatte oder es nicht für wichtig genug hielt sich darüber zu äußern. Um diese Seiten nicht völlig Weiß zu lassen hat sich die Redaktion für ein anderes, ebenfalls interessantes Thema entschieden.



Für welche Partei der Bürger seine Stimme abgeben soll, dürfte dem Betreffenden schwer fallen. Die Auswahl reicht von der CDU, die in ihrer langjährigen Regierungszeit mehr Schulden verursachte, wie die DDR als selbstständiger Staat in seinem

40jährigen Bestehen. Diese Bankroteure, sind diejenigen, die jetzt am lautesten nach dem Polizeistaat schreien. Wenn es nach der CDU geht, müße jeder Ladendieb mit dem vorbeugenden, finalen Rettungsschuß resozialisiert werden. Nur Korruption, Vetternwirtschaft, Veruntreuung, Wäsche von Spendengeldern würden wie Bagatellvergehen, mit dem erhobenen Zeigefinger, geahndet.



Über die FDP, die mit einem 18 Punkte Plan den Haushalt mit Lochkarten sanieren will. Und mit dem letztlich verbliebenen Geld wird eine Großstadtpolizei ins Leben gerufen, um der Bezeichnung Polizeistaat gerecht zu werden. Mit verdachts- und ereignisunabhängigen Personenkontrollen können sich die Regierenden bei jedem einzelnen Bürger davon überzeugen, daß er keine Mark zuviel in den Taschen hat.



Bis hin zu den Wendefreudigen Grünen, die nicht nur auf Bundesebene schon seit Jahren die Möglichkeit hatten die Probleme der Überbelegung, der menschenunwürdigen Unterbringung, der schlechten Bezahlung konsequenter an die Öffentlichkeit zu bringen. Vor allem die Einhaltung des Strafvollzugsgesetzes durch die Vollzugsbehörden hätte energischer angemahnt werden können. Stattdessen tauschten die Herren Fischer und Co. ihren Joint samt Hanfjacke gegen Regierungs- oder Oppositionszepter. Mit Boss und Armani Klamotten sitzt es sich eben bequemer auf der Regierungsbank. Der rostige Drahtesel wurde durch den Stern auf dem Kühler ersetzt.

Auch die PDS ist Wendehalsverdächtig. Nachdem den Mitgliedern der alten SED die Anstecknadeln gegen Friedensbutton, das Parteibuch gegen das Grundgesetz und die Mauer gegen ein Dienstfahrzeug der Marke Daimler eingetauscht wurde, ertönen plötzlich die Schlachtrufe der Gerechtigkeit. Aus STASI-Internierungslagern werden freundliche Rentenhäuser und aus dem ehemaligen Sitz der SED-Funktionäre wird ein Vergnügungspark.

Zum Thema SPD fehlten den Redaktionsmitgliedern die Worte..., oder, ach ja, von wegen als Koalitionspartner von allem nichts gewußt haben - das sog. Landowsky-Syndrom, verursacht durch das Diep-Gen.



Wirtschaft, Jobs und Sicherheit

CDU Wahlprogramm 2001

Die Durchsetzung von Recht und Gesetz schafft Gerechtigkeit und sichert die Freiheit. [...] Gerade im Bereich der inneren Sicherheit hat der Staat ohne Wenn und Aber seine Aufgaben zu erfüllen und sein Gewaltmonopol zum Schutz der Bürger einzusetzen.

Ohne Wahrung des Rechtsbewußtseins ist die innere Sicherheit gefährdet. [...] Alle privaten bzw. gesellschaftlichen Institutionen wie Familien, Schulen, Vereine, Kirchen aber auch die Arbeitswelt und die Medien sind aufgefordert, sich mit den Ursachen von Kriminalität auseinanderzusetzen und durch vertrauensvolle Zusammenarbeit ihren Beitrag für ein menschliches Zusammenleben und Wertebewußtsein zu leisten. [...]



Gerichtsverfahren und Strafermittlung müssen in angemessener Frist erfolgen. [...] Wir wollen gemeinsame Obergerichte mit Brandenburg einführen.

Wir werden den Schutz der Bürger vor Verbrechen verbessern. Dazu gehört auch, daß der Schutz der Bürger vor Straftätern Vorrang vor der Resozialisierung der Straftäter haben muß. Wir stehen zu unserer Polizei. Kontinuierliche Fortbildung und die Ausstattung mit den modernsten Mitteln der Technik sind unerlässliche Voraussetzungen für den Erfolg polizeilicher Arbeit. Wir wollen auch weiterhin in die Sicherheit investieren, damit die Kriminalität wirksam bekämpft werden kann.

Daher werden wir sicherstellen, daß Polizei und Justiz personell, organisatorisch und finanziell so gut ausgestattet sind, daß ihnen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben möglich ist. Wir fordern eine stärkere Präsenz der grünen Polizei im Stadtbild. Stellenstreichungen bei Polizei, Justiz, Feuerwehr und Verfassungsschutz lehnen wir ab.

Wir wollen den sogenannten finalen Rettungsschuß im Berliner Polizeigesetz regeln. Eine unklare Rechtslage darf nicht zu einer Belastung der eingesetzten Polizeibeamten und damit letztlich zu einem Sicherheitsrisiko werden.

Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wollen wir die Wiedereinführung einer effektiven Kronzeugenregelung, bessere Regelungen zum Schutz gefährdeter Zeugen und eine verbesserte Bekämpfung der Geldwäsche. Zur Bekämpfung der zunehmenden Computerkriminalität werden wir eine Aus- und Fortbildungsoffensive starten und zusätzliche Spezialisten gewinnen.

Wir treten ein für die Überwachung von Verbrecherwohnungen mit modernsten Mitteln, um Verbrechen zu verhindern oder Straftäter fassen zu können. Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden.

Wir wollen die Ausweitung des Unterbringungsgewahrsams auf eine Dauer von bis zu vier Tagen. Wer bei Großveranstaltungen eine Straftat begeht, muß damit rechnen, für die gesamte Dauer einer Veranstaltung an der Teilnahme gehindert zu werden. Chaoten dürfen keine Chance bekommen, in und außerhalb der Stadt Randalen zu machen.

Wir wollen Kriminalitätsschwerpunkte mit Videokameras überwachen. Das Mittel der Videoüberwachung ist geeignet, Straftäter wirksam abzuschrecken und Straftaten aufzuklären. Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, daß die Kriminalität dadurch spürbar zurückgedrängt werden kann.

Kriminelle Ausländer wollen wir ebenso konsequent abschieben, wie abgelehnte Asylbewerber. Wir werden auch nicht zulassen, daß ausländische Extremisten ihre Auseinandersetzungen in unserem Land austragen.

Die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende soll zu Regelfall werden. Dies entspricht der Verantwortungsfähigkeit dieser Altersgruppe. Für Kinder und jugendliche Serientäter, die schwerste Straftaten begangen haben, muß die Möglichkeit einer geschlossenen Heimunterbringung geschaffen werden.

Wir lehnen die Entkriminalisierung sogenannter Bagatelldelikte (z.B. Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Besitz kleiner Mengen an Drogen) entschieden ab.

Wir nehmen Sachbeschädigungen durch Graffiti-Schmierereien nicht hin. Wir wollen den Straftatbestand der Sachbeschädigung klarer fassen, damit alle Graffiti-Schmierereien geahndet werden können. Die von Rot-Grün gestoppte Bundesratsinitiative der großen Koalition werden wir nach einem Wahlsieg sofort wieder aufnehmen.

Wir werden die Drogenkriminalität entschieden bekämpfen und wenden uns daher gegen eine Verharmlosung und Legalisierung sogenannter weicher Drogen. [...]

Wir wollen, daß Kriminelle konsequent verfolgt, gestellt, überführt und unverzüglich ihrer Tat angemessen abgeurteilt werden. Damit die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen kann, wollen wir die Möglichkeiten einer schnellen richterlichen Vorführung (beschleunigtes Verfahren) ausbauen.

Bei Haftstrafen ist zu gewährleisten, daß sie zügig angetreten werden können. Zu wenig Haftplätze und Überbelegungen dürfen kein Hemmnis für den Strafantritt sein. Wir werden deshalb das von Rot-Grün gestoppte Vorhaben des Neubaus einer Haftanstalt in Großbeeren sofort wieder aufnehmen. [...]

SPD Verantwortung für Berlin

Präampel:



Berlin hat bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit Maßstäbe gesetzt. Berlin ist die Hauptstadt aller Menschen in Deutschland geworden. Auch die innere Einheit der Stadt ist vorangekommen. Der Wiederaufbau der Stadt ist weitgehend abgeschlossen.

Als die Berlinerinnen und Berliner sich im Ostteil der Stadt 1998 auf ihre eigene Kraft besannen und ihre Zukunft selbst in die Hand nahmen, haben sie die Chance eröffnet, diesen Teil unserer Stadt zu sanieren. Auf die gemeinsame Aufbauleistung können wir heute alle stolz sein.

Die Berliner SPD hat seit der Wiedervereinigung Regierungsverantwortung getragen. Sie hat den Prozeß des Zusammenwachsens mitgestaltet und die großen Entscheidungen wie den Regierungsumzug mitbetimmt. Die Berliner SPD hat als erste Partei in Berlin die Herausforderung einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung angenommen.

In der großen Koalition konnten im Interesse der Stadt eine Vielzahl von wichtigen Entscheidungen getroffen werden. Die große Koalition hat viel für Berlin geleistet. Ihre politische Begründung lag darin, auch schwierige strukturelle Entscheidungen mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens durchzusetzen.

Mit der Bankenkrise hat sich die Haushaltssituation des Landes Berlin dramatisch verschärft. Zugleich wurde deutlich, daß die CDU weder handlungsfähig noch erneuerungswillig ist. Die vielfältige Verquickung von politischer und wirtschaftlicher Macht zeigt: Die CDU ist nicht nur unfähig und unwillig, die Probleme der Stadt anzugehen, sie ist selbst ein Teil des Problems.

In dieser Situation hat die Berliner SPD Verantwortung für Berlin übernommen und eine handlungsfähige Regierung gebildet. Jetzt geht es darum, so schnell wie möglich Neuwahlen durchzuführen, um der Stadt mit einem demokratisch legitimierten Neuanfang wieder eine Zukunftsperspektive zu geben.

Ein Neuanfang aus eigener Kraft heißt, daß wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Ressourcen mobilisieren und die Solidarität einfordern, um seriöse und soziale Lösungswege aus der Haushaltskrise gehen zu können. Die Berliner SPD wird den Neuanfang mit einer realistischen Bilanz beginnen, politische Prioritäten definieren und sozialen Schief lagen entgegenwirken. Ein Neuanfang aus eigener Kraft erfordert, daß die Ursachen und Verursacher der aktuellen Haus-

haltsnotlage ermittelt und soweit wie möglich in die Pflicht genommen werden. Wir müssen die Verfilzung von Politik und Wirtschaft ohne Ansehen von Parteizugehörigkeiten aufklären und beenden. Die langjährigen Konsolidierungsbemühungen und -opfer aller Berlinerinnen und Berliner dürfen nicht durch die Aktivitäten Weniger unterlaufen und zunichte gemacht werden.

Ein Neuanfang aus eigener Kraft heißt, daß sich die Berlinerinnen und Berliner auf die gemeinsamen Interessen und Kräfte besinnen. Wer Ost gegen West oder West gegen Ost ausspielt, spaltet die Stadt und opfert die Erfolge der letzten Jahre einem kurzsichtigen und egoistischen Kalkül. Die Berliner SPD ist den Interessen der Menschen in der ganzen Stadt verpflichtet und wird jeder Form der Ausgrenzung entgentreten. [...]

Berlin braucht wieder eine starke soziale Kraft, die das neue und alte Berlin, die Ost und West zusammenhält. Berlin braucht eine Regierung, die handelt. Die SPD will die Verantwortung für die Stadt übernehmen, um die Stadt zukunftsfähig zu machen. Aus eigener Kraft. Dafür stehen wir!«

Bündnis 90 / Die Grünen Berlin: tolerant und sicher!

Wir wollen eine offene, toloerante und für jede und jeden sichere Stadt. Dafür brauchen wir eine zukunftsweisende Kriminalpolitik, eine moderne Polizei und eine bürgerInnennahe Justiz. Wir stehen für eine rationale Kriminalpolitik, die Kriminalität effektiv und nachhaltig bekämpft, statt auf Show-Effekte zu setzen. Achtung der freiheitlichen Grundrechte und effektive Kriminalpolitik sind kein Widerspruch.

Gesellschaftliche Konflikte, die sich in Gewalt ausdrücken, haben in vielen Fällen soziale Ursachen. Die Bekämpfung dieser Gewalt kann nicht den Opfern aufgebürdet werden, sondern ihre Bekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen ist eine auf sozialen Ausgleich und Integration ausgerichtete Politik die beste Prävention.

Grünen wollen eine echte Modernisierung und Reform der Polizei mit einer schlanken Verwaltung. Dafür muß moderne Technik eingesetzt werden. In der Ausbildung setzen wir auf »Grips statt Schlagstock«. Die Polizei braucht soziale Kompetenz und muß Expertin des Konfliktmanagements werden. Richtig geschulte BeamInnen können eigenverantwortlich handeln und werden als PartnerIn der Bürgerinnen und Bürger akzeptiert. Durch eine intelligente Organisation der Polizei wollen wir den häufig vorzufindenden, falsch verstandenen Korpsgeist überwinden.

Die vorhandenen Ressourcen der Polizei können besser genutzt werden, zum Beispiel durch neue und flexible Dienstzeitmodelle. Wir fordern ein neutrales Amt eines / einer Polizeibeauftragten für die BürgerInnen, aber auch für PolizeibeamInnen, die sich außerhalb des normalen Dienstwegs an diese Beauftragte wenden können. Als Partei der Bürgerinnenrechte wollen wir die bürgerrechtsfeindlichen Eingriffe im Polizeirecht zurückdrängen oder verhindern



Wir halten es für wichtig, daß gesellschaftliche Konflikte im jeweiligen sozialen Umfeld gelöst und die Betroffenen bei der Lösung unterstützt werden. Präventionsräte spielen dabei eine wesentliche Rolle: In diesen Räten arbeiten AnwohnerInnen, soziale Einrichtungen wie Antigewaltprojekte und Schutzprojekte, Jugendliche, Bezirksverwaltung und Polizei zusammen. Insbesondere die Gewalt gegen Frauen wird häufig verschleiert und verharmlost. Besondere Bemühungen wie zum Beispiel sensibilisierende Öffentlichkeitsarbeit oder die Einrichtung geschützter Orte sind deshalb zur Prävention und zum Schutz der betroffenen Frauen nötig. [...]

Berlin braucht eine bürgerInnennahe Metropolen-Polizei. Unser Leitbild für die Berliner Polizei: weiblicher, multikultureller, sparsamer, freundlich und intelligent. Bündnis 90 / Die

(z.B. Schleierfahndung, Lausch- und Videoangriffe), Einschränkungen beim Demonstrationsrecht werden wir nicht hinnehmen. Auch Nazi-Aufmärsche am Brandenburger Tor sind kein Anlaß, daß allgemeine Demonstrationsrecht einzuschränken.[...]

Die Berliner Justiz muß effektiv, bürgernah und schnell arbeiten können. Der Berliner Justizvollzug muß reformiert werden. Menschenunwürdige Bedingungen in den Vollzugsanstalten wollen wir abschaffen. Der permanenten Überbelegung kann mit konsequenter Haftvermeidung, Ausbau des offenen Vollzugs und Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen begegnet werden. Freie Träger müssen dabei eine wesentliche Rolle spielen. Vollzugslockerungen, auch für Nichtdeutsche, ermöglichen frühere Entlassungen. Gefangenen brauchen sinnvolle und wirtschaftlich effizient organisierte Arbeitsmöglichkeiten. Das ist eine wichtiger Beitrag zur Resozialisierung.« [...]

»Miteinander für Berlin« Programm der PDS Berlin



Die Berliner Polizei bedarf einer grundlegenden Strukturreform. Die interne Organisation muß gestrafft, Stäbe und Doppelzuständigkeiten in der Verwaltung der Polizei müssen abgebaut werden. Die Polizei soll ziviler, bürgernäher und demokratischer werden. Unter den Bedingungen der bestehenden Polizeistruktur müssen Reformen scheitern. Wir plädieren für eine Polizeireform, die folgende Ebenen umfaßt:

1. Reform der politischen Ebene

Die Polizei muß sich gegenüber der Zivilgesellschaft und dem Parlament öffnen. Dem Korpsgeist muß strukturell entgegengetreten werden. Die ständige Ausweitung der Befugnisse der Polizei gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist der falsche Weg. [...]

2. Neue Struktur für die Polizei

An die Stelle des alten 5-Säulen-Modells tritt ein neues 2-Säulen-Modell. Die neue Struktur soll Schutz- und Kriminalpolizei unter der einheitlichen Führung eines Landespolizeidirektors integrieren. Das Landespolizeiverwaltungsamt und die Landespolizeischule sind zusammenzufassen.

Aufgaben und Kompetenzen aus dem stark zu reduzierenden Landespolizeiverwaltungsamt sollen auf die Polizeidirektionen übertragen werden, so z.B. im Personalbereich. Durch diese Strukturreform können Doppelzuständigkeiten abgeschafft, Stäbe reduziert, Verwaltungsbürokratie abgebaut werden. [...]

3. Innere Modernisierung

Die dezentralen bürgernahen Aufgaben der Polizei müssen gestärkt werden. Die Polizeiverwaltung muß effektiviert werden. [...]

4. Neue Strategien für öffentliche Sicherheit

Die Aufgaben der Polizei im kieznahen Bereich müssen im Sinne einer Dienstleistungsorientierung neu definiert werden. [...]

Strafvollzug verbessern ohne teuren Gefängnisneubau

Grundorientierungen der Justizpolitik sind eine wirksamere Strafverfolgung und die Modernisierung der Gerichtsbarkeit. Der Strafvollzug muß seiner gesetzlichen resozialisierungsfunktion nachkommen können. Die Überbelegungen in den Gefängnissen müssen abgebaut werden.

Die PDS schlägt vor:

- Ausbau der Kapazität des offenen Strafvollzugs für Männer;

Intensive und effektive Maßnahmen zur Haftvermeidung:

- Verstärkung der resozialisierenden Betreuungsangebote in kommunaler und freier Trägerschaft;
- Intensivierung der Arbeitsbeschaffung für Strafgefangene;
- Ausbau der Diversion im Bereich der Jugenddelinquenz;
- Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch Verbesserung der Vermittlung in gemeinnützige Arbeit;
- verbesserte Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs;
- Intensivierung der Einziehung von durch Straftaten erlangten Vermögenswerten und deren zielgerichtete Verwendung für

präventive und resozialisierende Maßnahmen im Bereich der Justiz.

- Auf den geplanten teuren Neubau einer Haftanstalt kann verzichtet werden.« [...]

FDP Wahlplattform 2001

18 Punkte für Berlin

Die FDP setzt sich für ein sicheres und liberales Berlin ein. Dabei kommt es in erster Linie darauf an, vorhandene Gesetze unzusetzen, statt immer weitergehende staatliche Eingriffsrechte zu fordern. Auf subjektive Bedrohungsgefühle muß mit Informationen und Aufklärung reagiert werden. Bei einer tatsächlichen Bedrohung ist der Staat verpflichtet, seine Bürger zu schützen. Prävention, also konsequente Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität, ist für Liberale die Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen die Kriminalität. Eine Umkehr der Beweislast lehnen die Liberalen ab.



Die Einführung der verdachts- und ereignisunabhängigen Personenkontrollen in Berlin sowie die ständige polizeiliche Videoüberwachung öffentlichen Raums sind unverhältnismäßige Notmaßnahmen. Sie schränken die Bürgerrechte ein, sind nahezu nutzlos und kosten viel Geld. Die FDP will dieses Geld in eine bürgernahe, effektiv arbeitende, gut ausgestattete und motivierte Großstadtpolizei investieren. Dies soll etwa durch die Dezentralisierung polizeilicher Strukturen sowie die Entlastung der Polizei von polizeifremder Tätigkeit erreicht werden.

Opfer von Straftaten werden bisher im Strafverfahren oft neuen seelischen Belastungen ausgesetzt. Dies gilt insbesondere bei Opfern körperlicher Gewalt oder sexuellen Mißbrauchs. Die FDP Berlin will deshalb die Ausgestaltung der Vernehmungssituation des Opfers verbessern und dessen Rechte erweitern.

Bei der Sanktion kriminell gewordener Jugendlicher muß verhindert werden, daß mit der staatlichen Reaktion der Einstieg in eine kriminelle Karriere gefördert wird. Daher müssen die Möglichkeiten der Sanktionen vielfältig und variabel sein. Durch mehr beschleunigte Verfahren soll der notwendige Bezug zwischen Tat und Strafe sichergestellt werden. Zur Stärkung der Prävention will die FDP in allen Bezirken kriminalpräventive Beiräte einrichten sowie den Ausbau der durch Sozialarbeiter betreuten Jugendclubs und die Förderung der freien und öffentlichen Jugendhilfeträger vorantreiben.

Die von »reisenden« ausländischen Straftätern ausgehende Kriminalität muß wirkungsvoller bekämpft werden. Die FDP Berlin will deshalb die effektive Zusammenarbeit von Justiz und Polizei mit den zuständigen Dienststellen in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Damit soll auch sichergestellt werden, daß diese Täter ihre Strafe in ihrem Heimatland verbüßen. Anders verhält es sich mit den hier dauerhaft lebenden oder geduldeten Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit sowie Asylbewerbern. Sie sind, wenn sie Straftaten begehen, nicht anders als deutsche Straftäter zu behandeln und sollen daher auch nicht ausgewiesen werden können.

Der Strafvollzug muss dem Gemeinwohl dienen. Je besser die Menschen auf den Zeitpunkt ihrer Entlassung vorbereitet sind, desto größer die Chance, daß sie in Zukunft ein straffreies Leben in sozialer Verantwortung führen können. Um dies zu erreichen will die Berliner FDP im Strafvollzug »verstärkt therapeutische und soziale Instrumente einsetzen.« [...]

Hungerstreik

Das ungewöhnliche Eintreten einiger Gefangener für ein Leben im Knast nach Maßgabe des Gesetzgebers

Um die Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in der JVA Tegel aufmerksam zu machen, haben viele tegeler Inhaftierte in jüngster Vergangenheit zu einem durchaus streitbaren Mittel gegriffen: Hungerstreik. Die Protestaktion, für die meisten Hungerstreikenden die letzte, für manche sogar die einzige Möglichkeit des Erhörtwerdens, fand in der Öffentlichkeit dann auch tatsächlich mehr oder weniger großen Anklang. Viel wurde in den Medien berichtet. Nur ganz wenige Berichte haben es allerdings vermocht, die Ursachen des Protestes und die daraus resultierende, erdrückende Stimmung unter den Gefangenen in ihrer Gesamtheit zu erfassen.

Auch wenn manche sich nicht mit der Form des Protestes anfreunden konnten, so haben doch viele externe Kenner der tegeler Verhältnisse wenigstens Verständnis für den Hilferuf der Gefangenen aufbringen können. Selbst der Justizsenator Wolfgang Wieland hält nach einem Zeitungsbericht die Forderungen der Gefangenen für »in erstaunlichem Maße vernünftig«. Andere wiederum konnten sich wohl nicht einmal vorstellen, daß die Vorwürfe und die Forderungen der Gefangenen überhaupt eine Berechtigung haben könnten. Vielen ging es daher auch nicht um die Beseitigung der Mißstände sondern wohl darum, durch Sanktionen und Repressalien die Proteste im Keime zu ersticken und die Mißstände totzuschweigen. Auch einige Verantwortliche in der JVA Tegel haben sich anfänglich offensichtlich von derartigen Geistesblitzen leiten lassen. Streikende Gefangene wurden von vorteilhaften Posten abgelöst, von Freizeitsportaktivitäten ausgeschlossen, mit Disziplinarstrafen und Strafanzeigen wegen Gefangenenmeuterei bedroht usw. Auch wenn diese Maßnahmen ein paar Tage später wieder aufgehoben wurden: sie offenbarten deutlich die in

den Köpfen der Verantwortlichen verankerten Denkmuster, vor allem aber die Mittel, mit denen sie selbst gegen die berechtigtesten und legitimsten Proteste der Gefangenen zu reagieren pflegen. Was aber war denn nun an den Forderungen der Gefangenen so anstößig, daß manchen Verantwortlichen die zornes Röte ins Gesicht trieb? Wurden unerfüllbare, schon an Luxus grenzende Wünsche geäußert? Mitnichten! Die Gefangenen forderten lediglich eine umfassende Umsetzung des Strafvollzugsgesetzes und eine menschenwürdige Behandlung. Die Gefangenen

Hungerstreik als letztes Mittel des Erhörtwerdens

haben sich genötigt gesehen, die Verantwortlichen an ihre Pflichten zu erinnern. Die Gefangenen haben die Verantwortlichen auf viele durch Vernachlässigung entstandenen Mißstände hinzuweisen versucht (vergl. Protestnote S.13, Presseerklärung S. 17).

Das einzig erklärte Ziel der streikenden Gefangenen in der TA III z.B. war ohnehin lediglich ein Gespräch mit Entscheidungsträgern von der Senatsverwaltung für Justiz. Noch vor dem Hungerstreik schrieb eine »Gruppe von Gefangenen der TA III einen Brief an den neuen Senator für Justiz, in dem sie ihn auf die katastrophalen und rechtswidrigen Zustände in der JVA Tegel aufmerksam machen wollten« und regten an, »daß der Senator einen Vertreter der Senatsverwaltung in die JVA „entsenden“ solle, damit die Behörde [...] endlich die Situation auch mal aus der Sicht der Gefangenen dargestellt bekommt. Eine Antwort bekamen die Gefangenen nicht.« (aus einer Erklärung der hun-

gerstreikenden Gefangenen in der TA III). Als auch ein zweites Schreiben, in dem der Beginn des Hungerstreiks angekündigt wurde, keine Beachtung fand, traten am 01.08.01 zunächst ca. 50 Gefangene in der TA III in den Hungerstreik. Nach relativ kurzer Zeit schlossen sich etwa gleich so viele Gefangene in der TA II, und später auch in der TA I dem Protest an. Die Brisanz der Lage wurde offensichtlich gleich erkannt und wenige Tage später haben sich dann auch tatsächlich Vertreter der Senatsverwaltung für Justiz doch noch zu Gesprächen mit den Gefangenen bereitgefunden.

»Zunächst galt es, die Forderungen der Gefangenen gegenüber dem Vertreter der Senatsverwaltung richtig darzustellen. Es ging eben nicht vordergründig um »bessere Haftbedingungen«, sondern schlicht und ergreifend um die Einhaltung des StVollzG und um die bekannte Tatsache, daß in der JVA Tegel ein Verwahrvollzug praktiziert wird, der nicht nur die Bevölkerung nachhaltig gefährdet, sondern auch mit dem StVollzG in Einklang zu bringen ist« (aaO).

Tatsächlich müssen in der JVA Tegel, speziell in den Teilanstalten II und III, immer mehr Gefangene ihre Strafen bis zum letzten Tag absitzen, weil auf eine vorzeitige Entlassung abzielende Vorbereitungsmaßnahmen entweder überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig ergriffen werden. Aufgrund mangelhafter und teilweise sogar gänzlich fehlender Betreuung wird die Chance, der positiven Entwicklung der Gefangenen beizutragen und sie zu fördern, fahrlässig vertan. Auch die Versäumnisse der Verantwortlichen werden den Gefangenen angelastet. Gesetzlich vorgesehene Resozialisierungsmaßnahmen wie Vollzugslockerungen u.ä. werden mit Gründen verweigert, deren Ursachen eindeutig die Entscheidungsträger selbst zu verant-

worten haben. Die Verweigerung von Vollzugslockerungen führt in der Regel dazu, daß die Strafvollstreckungskammern den Gefangenen wegen fehlender Erprobung außerhalb der Mauern automatisch eine ungünstige Sozialprognose unterstellen und eine vorzeitige Entlassung ablehnen. Ohne in der Haft betreut worden zu sein und eine echte Chance auf vorzeitige Entlassung gehabt zu haben, werden viele Gefangene am letzten Tag ihrer Haftzeit einfach vor die Pforte gesetzt. Selbst nach langjähriger Inhaftierung bekommen manche Gefangene keine Chance, sich auf die nunmehr völlig ungewohnte Freiheit langsam heranzutasten und psychisch vorzubereiten. Entlassungsausgänge, die zur Beschaffung von Wohnraum, Arbeitsplatz sowie der Erledigung von Behördengängen etc. dienen und mindestens 2-3 Monate vor der Entlassung gewährt werden sollen, werden mit haarsträubenden Argumenten verweigert.

Erst kürzlich wurde ein Gefangener nach fast einem Jahrzehnt Gefängnis am letzten Hafttag in die Obdachlosigkeit entlassen mit dem Argument, er könne sich ja an gewisse Hilfsorganisationen wenden, die Haftentlassenen übergangsweise eine Unterkunft bieten. Entlassungsausgänge, um sich selbst eine eigene Wohnung finden zu können, bekam der Gefangene nicht. Einem anderen Gefangenen, der sich während seiner ganzen Haftzeit gut geführt und keine einzige dienstliche Meldung oder Disziplinarstrafe bekommen hat, werden trotz befürwortender Stellungnahme eines Gutachters Entlassungsausgänge verweigert. Die Entlassungsausgänge, die dieser Gefangene für den Abschluß eines Mietvertrages u.ä. nutzen wollte, waren nach der Meinung seines Gruppenleiters nicht erforderlich, da all diese Dinge auch nach der Entlassung erledigt werden könnten. Einem 74jährigen, dessen Entlassung nach 13 1/2 Jahren Haft in einigen Wochen bevorsteht, werden Entlassungsausgänge verweigert mit der Begründung, er sei ohnehin Rentner und brauche daher auch keine Ausgänge für Arbeitssuche u.ä. All diese Beispiele, die beliebig fortgesetzt werden könnten, stehen für das Schicksal von vielen Gefangenen. Selbst der Weg vor die Strafvollstreckungskammer erweist

sich meistens als sinnlos, weil die von den Verantwortlichen vorgetragenen „Totschlagargumente“ wie Flucht- und Mißbrauchsgefahr sich jeder inhaltlichen Überprüfung durch die Richter entziehen. Da aus diesem Grunde die Richter in den meisten Fällen der Argumentation der Verantwortlichen folgen, müssen diese auch keine Zurechtweisung durch die Gerichte befürchten. Im Gegenteil; sie fühlen sich sogar in ihrem Handeln bestätigt und handeln dann auch entsprechend ausgelassener.

Fakt ist, daß die Verantwortlichen mit ihrer restriktiven Haltung die Perspektivlosigkeit unter den Gefangenen schüren. Dieser Umstand wird auch durch die hohen Rückfallzahlen bestätigt. Die Verantwortlichen irren in der Annahme, daß sie die Gesellschaft schützen können, in dem sie die Gefangenen bis zum letzten Tag im Gefängnis verwahren. Kurzfristig, nämlich bis zur Entlassung des Gefangenen, mag diese Rechnung auf-

Trotz zusage des Anstaltsleiters negative Beurteilungen

gehen. Niemand scheint aber ernsthaft und vorausschauend auf die Zeit nach der Entlassung hinzuarbeiten.

Eines sollte jedem klar sein: jeder Gefangener, der während seiner Inhaftierung nicht betreut, resozialisiert und auf die Entlassung vorbereitet wurde, dessen soziale Bindungen jahrelang systematisch kaputtreglementiert wurden, der weder Perspektiven noch Hoffnungen hat, stellt eine Gefahr für die Allgemeinheit dar. Wenn die Verantwortlichen es nicht schaffen, einen Gefangenen selbst während dessen jahrelanger Inhaftierung zu einem rechtschaffenen Leben zu motivieren und zu befähigen, dann liegt das entweder an der Unfähigkeit oder am Unwillen der Verantwortlichen. Durch die Versäumnisse der Verantwortlichen wird der Rückfall vorprogrammiert. Die Beschwerden und Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen richteten sich allerdings nicht nur gegen das Fehlen von unmittelbar auf die

Zeit nach der Entlassung vorbereitende Resozialisierung. Auch die Wichtigkeit der Freizeitbeschäftigung während des Vollzuges und deren mittelbaren Auswirkungen auf die Zeit danach hat, wurde hervorgehoben. So äußerten die Gefangenen ihren Unmut auch über den in den letzten Jahren immer spürbarer gewordenen Abbau von Freizeitgestaltungsmöglichkeiten. Sinnvolle Freizeitbeschäftigung, die zu sozialem Verhalten anregt, zu sozialem Zusammenleben befähigt und somit die Wiedereingliederung in die Gesellschaft erleichtert oder überhaupt ermöglicht, ist in den Verwahrvollzugsbereichen der JVA Tegel nur noch Mangelware.

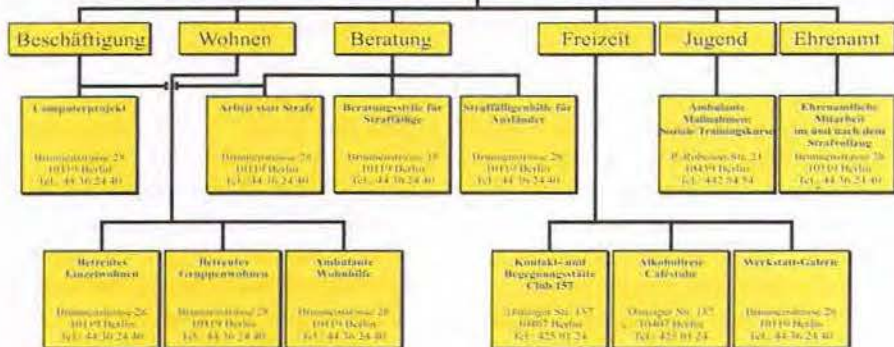
Um all die vielen negativen Eindrücke und Auswirkungen der Haft verarbeiten und ein einigermaßen normales Leben in der Gesellschaft führen zu können, benötigt sicherlich der Großteil der Gefangenen nach der Entlassung zunächst eine psychologische Behandlung. Die Hungerstreikenden haben nicht nur unter Gefährdung ihrer Gesundheit versucht, auf viele Probleme in Tegel hinzuweisen. Auch Repressalien durch die Verantwortlichen und die Behinderung ihrer vollzuglichen Entwicklung haben die Gefangenen in Kauf genommen. Trotz der Zusage des Anstaltsleiters, die an dem Hungerstreik beteiligten Gefangenen werden dadurch keinerlei Nachteile erleiden, haben negative Beurteilungen bis in die Vollzugspläne Einzug gehalten. So wurde z.B. im Vollzugsplan eines hungerstreikenden Gefangenen festgehalten, daß bei ihm zwar »positive Entwicklungsschritte zu verzeichnen sind«, er aber »durch sein Verhalten im Rahmen der Hungerstreikaktion den Eindruck einer doch unstabilen Persönlichkeit hinterließ«. Die Gefangenen wollen sich jedoch auch von derlei nachträglichen Seitenhieben nicht aberschrecken lassen und falls bis dahin keine positiven Veränderungen zu verzeichnen sein sollten, nach den Wahlen den Hungerstreik wieder aufnehmen. Die Gefangenen hatten aufgrund der zugesagten weiteren Gespräche den Hungerstreik lediglich unterbrochen. Die Gespräche haben jedoch keine nennenswerten Verbesserungen eingebracht, so daß mit Sicherheit der Hungerstreik wieder aufgenommen werden wird. ☑



FREIE HILFE BERLIN e. V.

Gefährdeten- und Straffälligenhilfe
Eingetragener, gemeinnütziger Verein
Mitglied im DPWV

Die Leistungsangebote des Vereins



Geschäftsstelle: Brunnenstraße 28, 10119 Berlin, Telefon: (030) 44 36 24 30 Telefax: (030) 4 48 47 08
e-mail: freihilfe.berlin@sunfu.de, www.freihilfe-berlin.de
Vereinsregister: 10621 Nz Amtsgericht Charlottenburg
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Berlin, Kontonummer 3038000, BLZ 100 205 00

Wo werde ich wohnen?

Unser Angebot

- **Betreutes Wohnen**
- **Hilfe bei persönlichen Problemen**
- **Hilfe beim Umgang mit Behörden**
- **Beratung zur beruflichen Integration**
- **Unterstützung bei der Beschaffung von Dauerwohnraum**

Betreutes Einzelwohnen

Fon: 030 / 413 83 86 u. 413 93 71
Fax: 030 / 413 28 18

Betreutes Gruppenwohnen

Delbrückstraße 29
12051 Berlin Neukölln
Fon: 030 / 62 80 49 30 / 31 / 32
Fax: 030 / 626 85 77

Avenue Jean Mermoz 13

13405 Berlin Reinickendorf
Fon: 030 / 412 91 73 u. 413 94 62
Fax: 030 / 413 28 18



Babla

Danke, Herr Bundeskanzler!

Wir bieten detailliertere Antworten auf dringende Umweltfragen.

ROBIN WOOD GUTSCHEIN für ein Probeexemplar des ROBIN WOOD-Magazins, einsenden an:
RobinWood e.V. Postfach 102122 28201 Bremen

... und wohin nach dem Knast? Universal Stiftung Helmut Ziegner

Betreutes Wohnen in den Wohnformen:
Übergangshaus (ÜH)
Betreute Wohngruppen (BWG)
Betreutes Einzelwohnen (BEW)

Bergstraße 15
12169 Berlin
Tel. 7 92 10 65

Cautiusstraße 9-11
13587 Berlin
Tel. 3 36 85 50

Belowstraße 14-16
13403 Berlin
Tel. 4 12 40 94

Sternsdamm 84
12487 Berlin
Tel. 63 22 38 90

Wir unterstützen u.a. bei

- Arbeitssuche (stiftungseigene Projekte)
- Schuldenregulierung
- Behördenkontakten
- privaten Problemen

Wenn Sie Interesse haben, rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns. Bei Bedarf führen wir Aufnahmegespräche in den Haftanstalten durch. In der JVA Tegel stellt Ihnen Herr Tomaschek (Tel. 4 12 40 94) jeden zweiten Donnerstag im Monat unsere Wohnangebote persönlich vor. Bei Interesse schreiben Sie bitte einen Vormelder an die Zentrale der Teilanstalt II- Kennwort: „Wohnen bei der Universal – Stiftung“. Als Insasse der JVA Moabit erreichen Sie uns per Antrag im Gruppen- und Beratungszentrum (Frau Boutorabi, Tel.: 90 14 - 51 87). Hier unterhalten wir ein ständiges Beratungsangebot für Sie und Ihre Angehörigen zu allgemeinen Fragen der Entlassungsvorbereitung.

Wir bieten Euch persönliche Beratung bei Drogenproblemen an. Meldet Euch telefonisch, brieflich oder werft Eure Vormelder in die Caritas-Briefkästen in den Häusern I, II und III in der JVA Tegel.

CARITAS – Suchtberatung
Große Hamburger Str. 18
10115 Berlin
Tel. (030) 280 5112
oder (030) 282 6574

Protestnote

Wir, die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen der TA II in der JVA Tegel, sehen keine andere Möglichkeit mehr, auf die Mißstände, insbesondere hier in der TA II, aufmerksam zu machen, insbesondere möchten wir auf die Punkte aufmerksam machen, die sich erst in den letzten Jahren verschlechtert haben.

1. Die in der TA II, unter dem TAL Reuthe, in den letzten Jahren fortschreitend restriktive Auslegung und Anwendung des Strafvollzugsgesetzes:

a) Zur Zeit werden Gefangene in der TA II, wenn sie in Arbeit stehen, täglich 14 Stunden (Std.) und 15 Min. eingeschlossen, Gefangene denen keine Arbeit zugeteilt werden kann, sind täglich 19 Std. und 30 Min. eingeschlossen. Zwischen 18.⁰⁰ und 21.⁴⁵ Uhr können sich Gefangene (bis zu drei Gefangenen) in einem Haftraum oder dem Gruppenraum einschließen lassen. Dazu kommen die »langen Riegel« am Donnerstag und am Sonntag.

b) Es gibt so gut wie keine Freizeitangebote, Tischtennis während der Freistunde, Fußball am Sonnabend (ca. 20 Plätze), und wenn die Sterne günstig stehen, bekommt der eine oder andere noch einen Platz in der Kraftsportgruppe. Externe Mitarbeiter, die zum Beispiel Gesprächs- und Kreativgruppen betreuen, nichts! Stattdessen sind wir in unseren Löchern eingeschlossen, machen uns irgendwie den Kopf zu, sprechen irgendwelche Action-Filme oder Daily-Soaps mit, nicht wenige von uns sind mit irgendwelchen Serienstars vertrauter, als mit unseren Angehörigen. Das kann unmöglich erklärtes Ziel der Inhaftierung sein.

2. Fortschreitende Kürzungen und Stelleneinsparungen:

a) Immer mehr Personal des allgemeinen Vollzugsdienstes wird eingespart. Hier in der TA II müssen zeitweise zwei Stationer einen ganzen Flügel (ca. 140 Gefangene) versorgen. Dadurch wird nicht nur das Sicherheitsempfinden des Personals, sondern auch einer großen Anzahl Gefangener erheblich herabgesetzt. Eskalation bis zum offenen Gewaltausbruch sind an der Tagesordnung, Frustration und Perspektivlosigkeit fördern sichtbar und spürbar die Aggression des Einzelnen, was zwangsläufig irgendwann in Gewaltexzessen und Zerstörungswut ausläuft.

b) Das im Land Berlin gespart werden muß, ist auch schon bis zu uns durchgedrungen, die Kostzulagen wurden fast gänzlich gestrichen, Brot wird nur noch das nötigste ausgegeben (vier Scheiben für Abendbrot und Frühstück), Kaum noch Obst, Joghurt, Quark, Milch, ein bis zweimal die Woche, Wurst zum Abendbrot, vier Scheiben Salami (einmal im Monat auch eine andere Sorte). Fleisch, meisten nur mit viel Überwindung verzehrbar, einmal im Monat das Highlight: Hühnerkeule, ich bekomme jedesmal ein schlechtes Gewissen, bei jedem Biss denke ich, da haben die extra das arme Vieh verhungern lassen, um mich zu verwirren, ist das jetzt Taube oder Zwergfasan, so kleine Hühner gibt es auf der ganzen Welt nicht.

c) Reinigungsmittel werden bis zum Promillebereich verdünnt, Hygienemittel für Nichtarbeiter werden bis zur Unerträglichkeit rationiert.

3. Ausländische Mitgefangene werden, insbesondere wenn sie aus dem Haus II stammen, weder zu Schul-, Ausbildungs- oder Fortbildungsmaßnahmen gelassen. Begründung der Regel: Sie werden sowieso abgeschoben. Das selbe ist, wenn es um Lockerungen (Urlaub/Ausgang) für mit der Abschiebung bedrohte Ausländer geht.

4. Gefangene der TA II werden entweder gar nicht, oder die letzten zwei Wochen vor ihrer Entlassung gelockert, es findet weder eine Erprobung zum Regelurlaub statt, noch findet die vorgeschriebene Entlassungsvorbereitung statt.

5. Die Verpflegung, insbesondere das Mittagessen, wird noch immer in den verbeulten, selten verschlossenen Stahleimern durch die Anstalt gekarrt. Nicht selten finden wir Tiere und Schmutz im Essen. Wenn wir Arbeiter um Halbzwoölf ins Haus kommen, ist das Essen soweit runter, daß auf meinem Teller nur noch eine schwer definierbare, lauwarne Masse landet, die sehr wohl für einige Zeit ein Gefühl der Sättigung vermittelt, aber auch jedesmal in einem nagenden Gefühl des Zorns gipfelt. Wo sind die Thermobehälter geblieben, die nach dem 89er Protest angeschafft, und auch einige Zeit verwendet wurden?

6. Die total antiquarische Signalanlage der TA II, sollte einen Gefangenen in seiner Zelle etwas passieren, und er nicht mehr in der Lage sein, durch lautes Klopfen oder Rufen auf sich aufmerksam zu machen, hat er ganz schlechte Karten; in einem einwöchigen Test kamen wir auf Reaktionszeiten von 57 Min. bis zu zwei Stunden 7 Min. Haus II hat bisher als einzige Teilanstalt keine elektronische Notsignalanlage.

Zur akuten Verbesserung der momentanen Haftbedingungen fordern wir als Sofortmaßnahmen:

1. Die Rücknahme der neuen Duschzeitenregelung.
2. Die Rücknahme der s.g. »Langer Riegel« Regelung, die vor ca. zehn Jahren mal für einen befristeten Zeitraum eingeführt wurde, um Überstunden abzubauen.
3. Abschaffung des Verschlusses der Hafträume während des abendlichen Umschlusses (18.⁰⁰ bis 22.⁰⁰ Uhr).
4. Die Möglichkeit zur Teilnahme an der zweiten Sommerfreistunde für »alle« Gefangenen.
5. Die Möglichkeit zur Teilnahme an einer zweiten Freistunde für Nichtarbeiter am Vormittag.
6. Gleichbehandlung von Ausländern, unabhängig ob Abschiebung oder nicht, in allen Schulungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, als auch bei der Gewährung von Ausgang und Urlaub.

Neue Telefonanlage

Willkommen
im Telekommunikationsland der Millionäre

In der JVA Tegel wurde eine neue Telefonanlage installiert. Alle Telefonate der Gefangenen, die bislang über öffentliche Telefonzellen der Telekom liefen, werden nunmehr über die neue Telefonanlage abgewickelt werden. Schon im Vorfeld der Installation haben die Verantwortlichen nur gutes über die neue Telefonanlage zu berichten gewußt. Die Preise wären 15 % billiger als die Telekompreise, die Anzahl der Telefonapparate werde erheblich steigen, das monatliche Telefonkontingent werde von 50,- DM auf 150,- DM angehoben usw. ... Bei näherer Betrachtung haben sich all diese angeblichen Vorteile allerdings als Mogelpackungen entpuppt.

Viele Ungereimtheiten haben den lichtblick veranlaßt, den Verantwortlichen entsprechend viele Fragen zu stellen, die bislang leider entweder überhaupt nicht oder nur sehr unbefriedigend beantwortet wurden. Fest steht allerdings, daß eine Ausschreibung der neuen Telefonanlage nicht stattgefunden hat. Ohne sich pflichtgemäß auf dem Markt um einen günstigeren Anbieter zu bemühen, hat die JVA Tegel den Zuschlag also eigenmächtig der in Hamburg ansässigen Firma Telio gegeben. Die Telio hat das Telefonsystem geliefert und ist im Rahmen eines mit der JVA Tegel abgeschlossenen Servicevertrages für die Wartung des Systems sowie die Buchungen von externen Einzahlungen zuständig. Die Betreiberin der neuen Telefonanlage allerdings ist die JVA Tegel höchstpersönlich.

In ihrer Eigenschaft als Betreiberin ist die JVA Tegel verantwortlich für alle im Rahmen der neuen Anlage eingeführten Nutzungsbedingungen. Sogar die Telefongebühren hat die JVA Tegel offensichtlich selbst festgelegt. Obwohl auf dem Markt viele Anbieter mit wesentlich günstigeren Preisen vorhanden sind, haben sich die Verantwortlichen bei der Preisgestaltung an den teuersten Anbieter auf dem Markt orientiert. So wird z.B. mit besonderer Stolz verkündet, daß die neuen Telefongebühren um 15% billiger seien als die des bisherigen Anbieters Deutsche Telekom. Hierbei wird allerdings verschwiegen, daß die Gefangenen beim alten Anbieter die 0800er-Nummern nutzen und so sehr viel günstigere Tarife ausschöpfen konnten. Mehr als 2/3 der Gefangenen haben diese Möglichkeit des Billigertelefonierens seit Jahren regelmäßig in Anspruch genommen. Die üblichen Preise der 0800er-Nummern-Anbieter sind für bundesweite Anrufe 5 Pfennig in der Minute, für Auslandsgespräche (z.B. Türkei) 29 Pfennig/Minute. Für die selben Anrufe müssen die Gefangenen nun mehr als das Dreifache bezahlen. So hat die JVA Tegel als Minutenpreise für ein Ortsgespräch 17 Pfennig, Ferngespräch 34 Pfennig und Auslandsgespräch (z.B. Türkei) 153 Pfennig festgelegt.

Mit der neuen Telefonanlage hat die JVA Tegel also ein sehr lukratives Geschäft abgeschlossen. Ob zuvor die für den Betrieb der Telefonanlage erforderlichen Genehmigungen eingeholt und ein Gewerbe angemeldet wurde, ist sehr fraglich. Höchstwahrscheinlich gibt es auch gar keine Steueranmeldung, so daß nicht einmal ordnungsgemäß Steuern abgeführt werden. Dabei hätte die JVA Tegel eigentlich bei den satten Gewinnen entsprechend hohe Steuern abzuführen gehabt. Es ist davon auszugehen, daß die JVA Tegel als Betreiberin der Telefonanlage für die Durchleitung der Telefonate durch dessen Netz an die Telekom die üblichen Gebühren abführen muß. Nach den von der Regulierungsbehörde festgelegten Durchleitungstarifen müssen alle Telefonunternehmen 1,24 Pfennig/Minute in der Hauptzeit und 0,83 Pfennig/Minute in der Nebenzeit an die Deutsche Telekom zahlen. Für die Gefangenen kostet die Minute allerdings (für Ortsgespräche) 17 Pfennig. Auch unter Berücksichtigung der anfallenden Wartungskosten der Anlage dürfte die Gewinnspanne der JVA Tegel das auf dem Markt Übliche bei weitem übersteigen.

Ein zwingender Grund für die Abschaffung der bisherigen und die Installation einer neuen Anlage gab es nicht. Gerne werden als Entscheidungsgrundlage Vorteile herangezogen, die die Gefangenen angeblich mit der neuen Anlage hätten. All diese Vorteile hätten die Verantwortlichen allerdings auch mit der alten Anlage gewähren können. Nur sie wollten es nicht. Die Anhebung des Telefonkontingents von monatlich 50,- DM auf 150,- DM hätte es, unabhängig von der neuen Anlage, schon viel früher geben können, sogar müssen. Auch die nun von der JVA Tegel als Errungenschaft gefeierte Erhöhung der Zahlen der Telefonapparate hätten die Verantwortlichen schon viel früher haben können. Entgegen der Beteuerungen der tegeler Verantwortlichen war die Deutsche Telekom durchaus bereit, in der JVA Tegel mehr Telefonzellen zu installieren. Die JVA Tegel hat jedoch die Installation von mehr Telefonzellen abgelehnt.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß die Gefangenen durch die neue Telefonanlage größtenteils nur Nachteile haben. Wegen der sehr hohen Telefongebühren werden die Gefangenen wesentlich weniger telefonieren können als früher. Die sozialen Kontakte nach draußen werden sehr darunter zu leiden haben. Die über 600 arbeitslosen Gefangenen werden mit ihrem monatlichen Taschengeld von ca. 50-60 DM überhaupt nicht mehr telefonieren können. Lediglich die Anstalt kann sich immenser Vorteile erfreuen. Auf Kosten der Gefangenen können z.B. Haushaltslöcher gestopft werden. Darüberhinaus wollte sich die JVA Tegel mit der neuen Anlage und den allgemeinen Nutzungsbedingungen offensichtlich diverse technische und juristische Vorteile verschaffen. So mußten die Gefangenen selbst der Überwachung ihrer Telefonate, der Weitergabe ihrer Namen und Buchnummern an eine Fremdfirma »freiwillig« ihre Zustimmung erteilen. Wer sich geweigert hat, der wurde einfach von der Möglichkeit des Telefonierens ausgeschlossen. Gefangene, die mit diesen Vertragsbedingungen nicht Einverstanden waren aber ihre telefonischen Kontaktmöglichkeiten zu Familienangehörigen usw. auch nicht gefährden wollten, sahen sich natürlich genötigt, die Vertragsbedingungen hinzunehmen. Einige wenige haben allerdings gegen die JVA Tegel Strafanzeigen wegen Nötigung, gewerbsmäßigen Wucher, Steuerhinterziehung usw. erstattet.

Beratungs- und Informationsveranstaltungen für inhaftierte Studierende in der Pädagogischen Abteilung der JVA Tegel Wintersemester 2001/ 02

Montag	22. Okt. 2001	16.15 Uhr	Informationsveranstaltung für Fernstudiums-Interessenten
Montag	26. Nov. 2001	16.15 Uhr	Beratung für eingeschriebene Studierende und Gasthörer
Montag	03. Dez. 2001	16.15 Uhr	Einschreibberatung für Fernstudiums-Interessenten ; Ausgabe der Immatrikulationsanträge
Montag	07. Jan. 2002	16.15 Uhr	Rückmelde- und Einschreibberatung für eingeschriebene Studierende, Gasthörer und Fernstudiums-Interessenten



Buchfernleihe für Gefangene!!



Die Buchfernleihe für Gefangene ist eine Bibliothek, die kostenlos Bücher an Gefangene und an Patienten von Landeskrankenhäusern im gesamten Bundesgebiet verleiht. Der Bezug ist grundsätzlich kostenlos, aber wir haben nur wenig Geld zur Verfügung und bitten Dich, Dich an den Kosten zu beteiligen, wenn Du in der Lage dazu bist. (Spenden am besten in Form von Briefmarken). Wir verschicken die Bücher als Büchersendung, d.h. bis zu einem Kilo 2,50 DM, oder als Päckchen bis zu zwei Kilo 6,90 DM. Dies wären für Dich auch die Kosten für die Rücksendung der Bücher. Die Ausleihfrist für die Bücher beträgt im allgemeinen 8 Wochen.



Buchfernleihe Dortmund
Schweizer Allee 25, 44287 Dortmund
Tel.: 0231/448111



Alkohol ist ein hervorragendes Lösungsmittel.
Er löst Familien, Ehen, Freundschaften, Arbeitsverhältnisse, Bankkonten, Leber und Gehirnzellen auf.
Er löst nur keine Probleme!!



Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e. V.
Gefangenen-Fürsorgeverein Berlin von 1827

Unsere Beratungs- und Dienstleistungsangebote in der Zentralen Beratungsstelle der sbh:

Offene Sprechstunde – Allgemeine Beratung
Di., Do. 14-18 Uhr und Fr. 9-13 Uhr

Entlassungsvorbereitung
Di., Do. 14-18 Uhr und Fr. 9-13 Uhr

Kostenlose Schuldnerberatung
Termine nach Vereinbarung

Ihre persönliche Haushaltsplanung
Jeden Montag von 13-16 Uhr

Kostenlose Rechtsberatung
Donnerstags alle 14 Tage von 15.30- 15.30 Uhr

Rechtsberatung im Ausländerrecht
Jeden F. Dienstag im Monat 15-18 Uhr

ASS – Tilgung unentbringlicher Geldstrafen
Mo., Die., Do. 14-18 Uhr und Fr. 9-13 Uhr

Job- und Qualifizierungsberatung
Jeden Dienstag von 13-16 Uhr

Wohnraumbewerbung mit dem Internet
Jeden Mittwoch von 12.30-16.30 Uhr

Vermietung von Übergangswohnungen
Jeden Donnerstag von 14-16 Uhr

ARGE – Wochenarbeiten für Inhaftierte
Jeden Donnerstag von 13-15 Uhr

Unterstützung im bürokratischen Dschungel
Jeden Dienstag 10-12 Uhr

Persönliche Beratung durch die sbh auch in der JVA Tegel:
Frau Geßner und Herr van der Werf sind am jedem Donnerstag in der JVA Tegel,
Herr van Ingen an jedem Freitag. Anmeldung zur Beratung bitte über Vormelder!

sbh • Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e. V.
Bundesallee 42 • 10715 Berlin (Wilmersdorf) • Telefon: (0 30) 8 64 71 30
U7 und U9: U-Bahnhof Berliner Straße

Von Abhängigen für Abhängige



Hilfe zur Selbsthilfe



bietet der »Deutsche Orden- Suchthilfe«
alkoholkranken, vollzugsgelockerten Inhaftierten an, die trocken werden, sind und bleiben wollen, dies als Chance sehen, in Zukunft trocken und straffrei zu leben!

Bei wirklichen Interesse, bitte wenden an unserem:
Andreas, Mo-Fr in der Zeit von 10⁰⁰ Uhr bis 17⁰⁰
Uhr unter der Tel. Nr.: 293 85 413

DO – Suchthilfe, Frankfurter Allee 40,
10247 Berlin – Friedrichshain,
U 5, Bhf Samariterstraße

Berlins schwuler Infoladen



Motzstraße 5; 10777 Berlin

Ehrenamtliche Mitarbeiter betreuen
schwule Männer in Berliner Knästen:
-Regelmäßige Besuche
-Information zu HIV und AIDS
-Unterstützung bei psychosozialen
Problemen und Behördenkontakten
-Begleitung bei den Vorbereitungen
zur Haftentlassung und auch danach.

**7. Auflage
aktualisiert und erweitert**

**Fördertöpfe
für Selbsthilfeprojekte
und kleine Betriebe
in Berlin und den neuen
Bundesländern**

Inhalt: Staatliche Förderung von
Arbeitsplätzen
Neu: Fördertöpfe der EU

Was wird durch wen gefördert?
Staatliche und private Geldtöpfe

Praktische Hilfen bei der Antragstellung
90 Seiten A4
15 DM + 2 DM Porto

Erhältlich bei:
Netzwerk e.V.
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel. (0 30) 6 91 30 72
Fax 6 91 30 05
e-Mail: Netzwerk-Berlin@t-online.de
Infos: www.Netzwerk-Berlin.de

Eine Presseerklärung der

PDS

Die Abgeordneten und Mitglieder des Rechtsausschusses Minka Dott und Dr. Michael Nelken haben sich am [21.08.2001] in der JVA Tegel in ausführlichen Gesprächen mit Vertretern der Anstaltsleitung und mit den an den anhaltenden Protestaktionen beteiligten Inhaftierten der Teilanstalten I, II und III über die Situation und die Forderungen der Hungerstreikenden informiert. Als erstes Fazit ihres Besuches stellen sie fest:

1. Die Situation in der TA II sowie in der Isolierstation der TA I ist nach wie vor angespannt. Zahlreiche Gefangene sind entschlossen, ihre Aktionen fortzusetzen, weil sie den Eindruck haben, daß die von ihnen vorgetragenen Mißstände und Forderungen nicht ernsthaft geprüft werden. Auch die protestierenden Insassen der TA III, die ihre Hungerstreikaktion nach einem Gespräch mit Vertretern der Justizverwaltung beendet haben, sehen in den wichtigen Fragen keine angemessene Problembehandlung seitens der Strafvollzugsbehörde und werden weiter versuchen, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen.

Die explosive Situation, insbesondere in den Bereichen des sogenannten Regelvollzuges, die bereits vor knapp einem Jahr bei einer Anhörung im Rechtsausschuß von allen Beteiligten bedrückend dargestellt wurde, scheint sich weiter verschärft zu haben. Wir sehen im Hungerstreik der Strafgefangenen einen durch Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit gespeisten Versuch, die Öffentlichkeit und die Politiker auf die haltlosen Zustände hinter den Tegeleer Gefängnismauern aufmerksam zu machen.

2. Ohne die Stichhaltigkeit einzelner Beschwerden, den Wahrheitsgehalt einzelner Vorwürfe und den Realitätssinn einzelner Forderungen der Inhaftierten bewerten zu wollen, haben wir dennoch insgesamt den Eindruck gewonnen, daß in den Teilanstalten (II und III) des sogenannten Regelvollzuges eine Vollzugssituation eingetreten ist, die mit den gesetzlich gebotenen Zielen wie auch der anstaltsinternen Vollzugskonzeption

um Grunde nicht mehr vereinbar ist. Auch der »Regelvollzug« soll den Inhaftierten auf ein straffreies Leben nach der Haft vorbereiten und ihn nicht einfach verwahren. In beiden Teilanstalten geschieht hier unübersehbar zu wenig. Es werden offensichtlich immer mehr Gefangene aus diesen Teilanstalten ohne jede wirkliche Vorbereitung aus der Haft entlassen. Damit wird das Rückfallrisiko unbestritten erhöht.

3. Es ist ein Alarmzeichen, wenn Strafgefangene, die im Strafvollzug zur Führung eines gesetzeskonformen Lebens befähigt werden sollen, die Mißachtung von Buchstaben und Geist des Strafvollzugsgesetzes durch die Justizbehörde beklagen. Die Wirkungen für die Resozialisierung der Gefangenen sind fatal.

4. Die hohe Arbeitslosigkeit wirkt gerade in diesen Bereichen des Regelvollzuges unzweifelhaft besonders verschärfend, weil sie Verwahrung und Verschluß für die Beschäftigungslosen zu einer alles bestimmenden tagtäglichen Erfahrung macht. Neben Bemühungen um mehr Arbeitsmöglichkeiten ist deshalb ein wesentlich verbessertes Angebot von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Gefangenen außerordentlich wichtig.

5. Die Ursprünglich als vorübergehende Maßnahme zum Abbau von Überstunden der Vollzugsbediensteten eingeführten längeren Zelleneinschlußzeiten (»Langer Riegel«) werden jetzt als Vollzugsstandard angesehen. Eine gezielte generelle Verschlechterung der Haftbedingung aller Inhaftierten zur Schaffung eines »erzieherischen« Spielraumes für die Gewährung von Erleichterungen ist justizpolitisch inakzeptabel. Die Einschlußregelung in den Teilanstalten II und III gehören auf den Prüfstand.

6. Nach Aussagen deutscher wie ausländischer Inhaftierter ist die

Schlechterstellung der ausländischen Gefangenen bei dem ohnehin niedrigen Angebot rezozialisierender Behandlungsmaßnahmen nicht akzeptabel und wirkt sich zusätzlich negativ auf die gespannte Atmosphäre aus. Das Vollzugsziel Resozialisierung ist nicht auf die Integration in die deutsche Gesellschaft abgestellt.

7. Die Angespannte Lage in der JVA Tegel ist das Ergebnis jahrelanger Versäumnisse der Justizpolitik. Deren grundlegende Korrektur angesichts der schlechten finanziellen Rahmenbedingungen in der Stadt, die auch den Inhaftierten bekannt sind, kurzfristig nicht möglich ist. Der Ausweg aus der miserablen Situation liegt nicht in einer quantitativen Erhöhung der Haftplatzkapazität, sondern in einer qualitativen Veränderung des Strafvollzuges. Es ist notwendig, den verhängnisvollen Zirkel von Überbelegung und Verwahrsvollzug zu durchbrechen. Durch eine Qualifizierung des Behandlungsvollzuges ist nicht nur das Rückfallrisiko zu senken, sondern auch die Befähigung der Inhaftierten zum gelockerten und offenen Vollzug sowie zur vorzeitigen Entlassung zu verbessern.

8. Wir meinen, daß der Protest der Inhaftierten für bessere Haftbedingungen und vor allem für angemesseneren Behandlungsvollzug nicht einfach als Störung abgetan werden kann, sondern auch als Anstoß und Ansatz für eine den Zielen des Strafvollzugsgesetzes angemessenere Vollzugsgestaltung betrachtet werden sollte. Ohne die Mitwirkung und das Engagements der Gefangenen ist ein erfolgreicher Strafvollzug nicht möglich. Die Öffentlichkeit sollte sich darüber klar sein, daß es hier nicht einfach um private Interessen der Gefangenen an besseren Haftbedingungen oder verständliche partikuläre Interessen der Beschäftigten im Strafvollzug an besseren Arbeitsbedingungen, sondern vor allem auch um das Interesse der Allgemeinheit an einem erfolgreichen, nachhaltig rezozialisierenden Strafvollzug geht.

PDS



Sexualstraftäter

Rückfallquote 15,1 %
Mehrbedarf an Therapieplätze

Kleine Anfrage (Nr. 14/1510) der Abgeordneten Ingeborg Simon (PDS). Die Beantwortung erfolgte am 15.06.01 durch die SenVerw. für Arbeit, Soziales und Frauen

Vorabinformation der SenVerw.: Grundsätzlich ist im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage darauf hinzuweisen, daß aus therapeutischer Sicht behandlungs-bedürftige Sexualstraftäter und nicht behandlungsbedürftiger Sexualstraftäter zu unterscheiden sind und der Therapiebedarf nur auf die erstgenannte Gruppe zu beziehen ist. Wissenschaftliche Untersuchungen weisen nach, daß ca. 15,1 % der Sexualstraftäter einschlägig rückfällig werden. Der Senat betont, daß er zu potentiellen Sexual-(straf)-tätern im Dunkelfeld keine Stellung nehmen kann. In diesem Sinne beschränkt sich die Antwort des Senats auf den Personenkreis der verurteilten Sexualstraftäter, die in Justizvollzugsanstalten oder im Krankenhaus des Maßregelvollzugs untergebracht sind oder unter Bewährungshilfe und Führungsaufsicht stehen.

1) Über wie viele Therapieplätze für Sexualstraftäter verfügt das Land Berlin zum einen innerhalb und zum anderen außerhalb von Justizvollzugsanstalten (bitte Aufstufung nach Einrichtungen und Plätzen)?

Antwort: Hierzu teilt die zuständige Senatsverwaltung für Justiz mit, daß innerhalb der Justizvollzugsanstalten insgesamt 296 stationäre Behandlungsplätze in sozialtherapeutischen Bereichen vorgehalten werden, von denen eine Spezialabteilung ausschließlich für Sexualstraftäter, die übrigen für alle Deliktgruppen, also auch für Sexualdelinquenten, eingerichtet wurden. Ferner werden innerhalb der Justizvollzugsanstalten und bei den Sozialen Diensten der Justiz Behandlungskontingente im Umfang von insgesamt 46 ambulanten Sitzungen pro Woche vor gehalten, die auch von Sexualstraftätern genutzt werden. Je nach Eignung und Bedarf haben Sexual-

delinquenten größere oder kleinere Anteile an den Behandlungskontingenten. Die stationären und ambulanten Angebote der Justizvollzugsanstalten und der Bewährungshilfe/Führungsaufsicht stellen sich wie folgt dar:

**Behandlungsplätze
in den Berliner Justizvollzugsanstalten**

	stationär	ambulant
JVA Tegel	Sozialtherapeut. Anstalt: 160 Sozialtherapeut. Abteilung für Sexualstraftäter 15	Psychotherapeut. Beratungs- und Behandlungsstelle: 40 Sitzungen/Wo.
	Sozialtherapeut. orientierte Bereiche: 100	Psycholog. Dienst: In Einzelfällen
JVA f. Frauen Berlin	Sozialtherapeut. Abteilung: 21	Psycholog. Dienst: In Einzelfällen
JVA Plötzensee	/	Psycholog. Dienst: In Einzelfällen
Soziale Dienste d. Justiz (Bewährungshilfe/Führungsaufsicht)	/	6 Sitzungen/Wo.

Darüberhinaus können inhaftierte und lockerungsfähige Sexualstraftäter sowie unter Bewährungshilfe und Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter bei entsprechender Indikationsstellung an einzelne niedergelassene Psychotherapeuten oder externe Einrichtungen mit spezialisierten Behandlungsprogrammen (z.B. Kind im Zentrum, Berliner Zentrum für Gewaltprävention) vermittelt werden. Schätzungsweise liegen diese – so die Senatsverwaltung für Justiz – derzeit bei 30 Personen.

Hinsichtlich des Maßregelvollzugs wird seitens der für das Gesundheitswesen zuständigen Senatsverwaltung angemerkt, daß im Bereich des Krankenhauses des Maßregelvollzugs für alle Sexualstraftäter Therapie- und Behandlungsplätze vorhanden sind. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, daß sich die entsprechende Unterbringung von Sexualstraftätern nach anderen Kriterien als im Justizvollzug richtet; die Verhängung der freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung erfolgt durch das erkennende Gericht mit dem Ziel der Unterbringung in ein psychiatrisches Krankenhaus. Hier besteht grundsätzlich ein entsprechend differenziertes Behandlungsangebot. Die Anzahl der Patienten mit Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung lag im Krankenhaus des Maßregelvollzugs bei 62 Personen zum Stichtag 17. Januar 2001. [...]

3) Wie viele Sexualstraftäter konnten 1999 und 2000 trotz einer entsprechenden gerichtlichen Behandlungsaufgabe nicht in der Ambulanz der Charité behandelt werden, und welche Alternativen konnten angeboten werden?

Antwort: Hierzu teilt die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur mit, daß nach Auskunft der Charité im Jahr 1999 kein Sexualstraftäter mit einer gerichtlichen Therapieaufgabe mangels Behandlungskapazitäten abgewiesen werden mußte. Im Jahr 2000 konnten neuen Sexualstraftäter mit einer gerichtlichen Behandlungsaufgabe kapazitär bedingt nicht in Therapie übernommen werden. Darin enthalten sind auch zwei Sexualstraftäter, die in Brandenburg verurteilt wurden, Sexualstraftäter mit einer gerichtlichen Therapieaufgabe, die auf Grund des Gerichtsurteils nicht der Führungs- und Bewährungsaufsicht der Sozialen Dienste der Justiz unterstellt waren und Sexualstraftäter, die im Rahmen von Therapieübernahme-Ersuchen stationärer Kliniken oder niedergelassener Therapeuten überwiesen wurden.

Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Justiz hatten nach den Feststellungen der Sozialen Dienste der Justiz in den letzten Jahren 18 unter Bewährungs- bzw. Führungsaufsicht stehende Straftäter Kontakte zum Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Charité. Von diesen Straffälligen hatten lediglich zwei eine gerichtliche Behandlungsaufgabe für das vorgenannte Institut. Nach den Erkenntnissen der Sozialen Dienste der Justiz wurde bislang nur ein in Berlin verurteilter und unter Führungs- und Bewährungsaufsicht stehender Sexualstraftäter wegen fehlender Kapazitäten des Instituts und fehlender Kostenübernahme abgelehnt. In einem derartigen Fall ist es Aufgabe des mit der Umsetzung des gerichtlichen Auftrages betrauten Bewährungshelfers, eine alternative Behandlungsmöglichkeit zu finden.

4) Was will der Senat unternehmen, um den hohen Anteil von unbehandelten Sexualstraftätern, die sich zum einen unter Führungs- oder Bewährungsaufsicht, zum anderen in Haft befinden, zumindest deutlich zu verringern?

5) Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um allen therapiewilligen bzw. zur Therapie verpflichteten Sexualstraftätern die Möglichkeiten für eine angemessene ambulante Beratung, Behandlung und/oder Betreuung zu eröffnen?

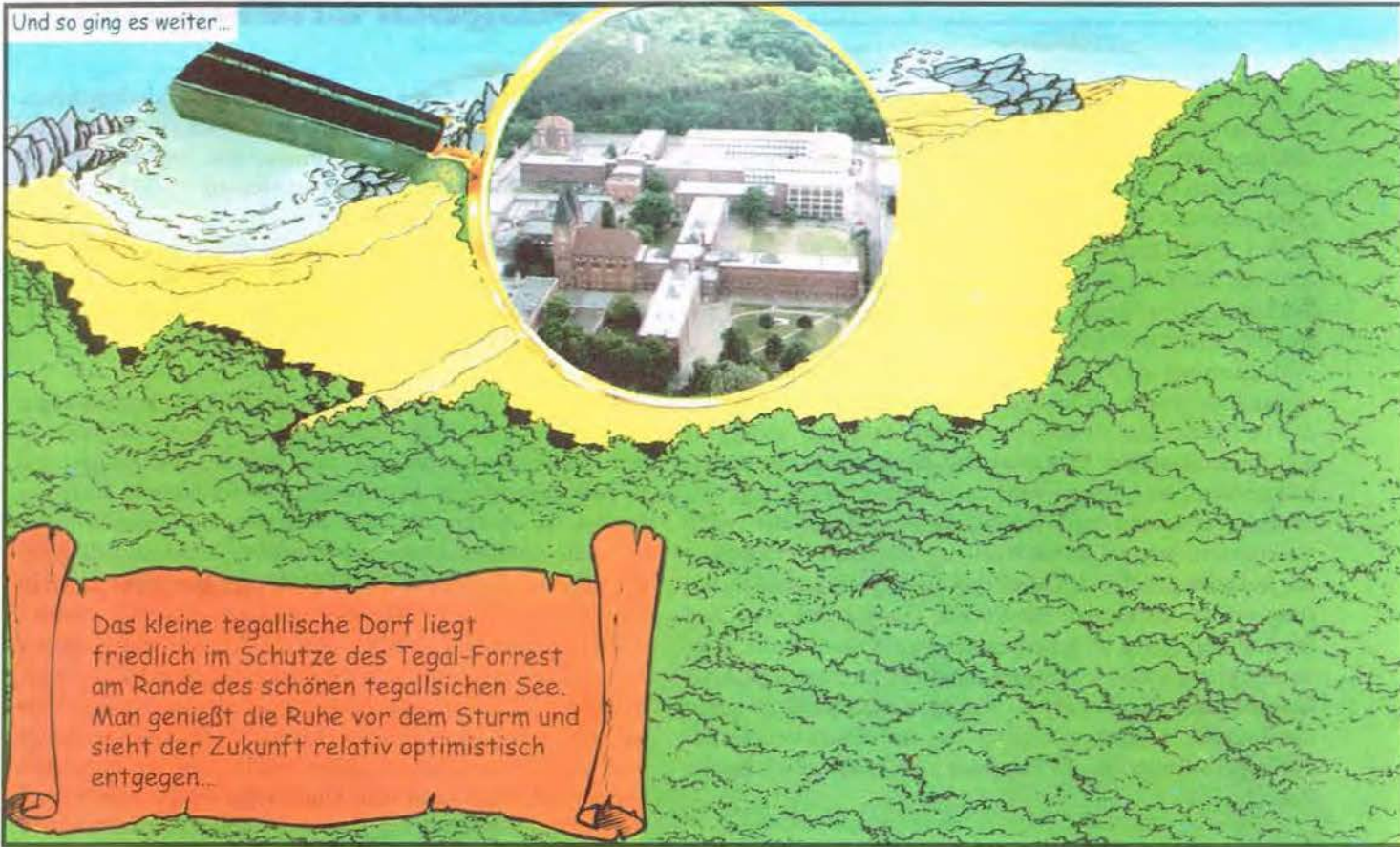
Antworten: Der Senat hält die Anzahl der behandlungsbedürftigen unter den unbehandelten Sexualstraftätern in den Justizvollzugsanstalten und bei der Führungs- und Bewährungsaufsicht keineswegs für dramatisch hoch. Er vertritt die Auffassung, daß den behandlungsbedürftigen, behandlungsmotivierten und behandelbaren Sexualdelinquenten während der Strafverbüßung oder der Bewährungszeit in aller Regel geeignete Behandlungsplätze vermittelt werden können. Schwierig gestaltet sich die Vermittlung hingegen bei behandlungsbedürftigen Delinquenten, die behandlungsunwillig sind und/oder über ein unzureichendes Veränderungspotential verfügen. Innerhalb des Justizvollzugs wird das Problem dadurch gelöst werden, daß die Justizvollzugsanstalt Tegel nach dem Umbau des Psychiatrisch-Neurologischen Abteilung für therapiepflichtige Sexualstraftäter Ende 2002 über etwa 35 (statt gegenwärtig 15) Plätze verfügen wird. Zur Verbesserung der Versorgungslage des problematischen Klientels außerhalb des Vollzugs werden Lösungen geprüft. [...]

6) Wie bewertet der Senat folgende von Prof. Beier, Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Charité, öffentlich vorgestellte Kritikpunkte:

- a) in Berlin existiert eine unhaltbare Situation der Diagnostik und Therapie von Sexualstraftätern,
- b) in Berlin gibt es rund 500 behandlungswillige Täter, für die kein ausgebildetes Personal zur Verfügung steht,
- c) der Senat bleibt trotz entsprechender Fakten und Erkenntnisse untätig und ignoriert die von unbehandelten Sexualstraftätern ausgehenden Fremdgefährdungen,
- d) der Senat entzieht sich seiner Fürsorgepflicht, indem er die Bevölkerung einem hohen Risiko aussetzt?

Antwort: Der Senat vermag weder für den Personenkreis der Sexualstraftäter in Zuständigkeit des Justizvollzuges noch für die dem Krankenhaus des Maßregelvollzugs zur Besserung und Sicherstellung zugewiesenen Sexualstraftäter Versorgungsmängel zu erkennen. Nach Auffassung des Senats handelt es sich bei den in diesem Zusammenhang in der Presse genannten und diskutierten Zahlen um Hochrechnungen, deren empirische und methodische Grundlagen umstritten sind. Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung, die für die Sicherstellung im Bereich der ambulanten ärztlichen und therapeutischen Versorgung die Verantwortung trägt, ist Berlin mit Psychotherapeuten übertversorgt. Kassenärztliche Vereinigung und Zulassungsausschuß prüfen derzeit, inwieweit diese Psychotherapeuten auch in der Lage sind, dem Therapiebedarf von Sexualstraftätern zu entsprechen. [...]

Und so ging es weiter...



Das kleine tegallische Dorf liegt friedlich im Schutze des Tegal-Forrest am Rande des schönen tegallsichen See. Man genießt die Ruhe vor dem Sturm und sieht der Zukunft relativ optimistisch entgegen...

Der provisorisch eingesetzte Imperator Klausius Reformatus Wowereitus trommelte alle Provinzhäuptlinge zusammen um zu beraten wer der nächste Herrscher über Tegalien werden soll.

Als sich die Stammesältesten und die Führer der unterschiedlichsten Prätorianerheere versammelten, ging ein unglaubliches Gerücht herum. Der Favorit um die Vorherrschaft des Thrones von Tegalien soll doch wirklich...
...doch sehen sie selbst...



Was soll das heißen "von Hinten"?

Stimmt das?

Heißt das etwa JA?

Ist ja wohl unglaublich!

?

Plötzlich entbrannte eine heiße Debatte. Denn seit einiger Zeit kursierten unglaubliche Gerüchte im Lager der Prätorianer. Davon war nicht nur der provisorisch eingesetzte Befehlshaber aller Legionen betroffen. Sondern auch die Kandidaten, die sich zur Wahl des Imperators stellten. Irgendwie mußte Klausius Reformatus Wowereitus zu den Gerüchten Stellung nehmen.

Kurz darauf...

Meine Herren, bevor irgendwelche Gerüchte auftauchen, ich hab ne' n warmen Arsch und das ist auch gut so!



Nach dem sich alle Beteiligten von diesem Schock erholt hatten, ging man endlich dazu über die Bewerber für den Posten des Imperators von Tegalien genauer unter die Lupe zu nehmen. Man begann natürlich mit denjenigen die die größten Aussichten für diesen Posten hatten. Hinter ihnen standen einige der besten Legionen des Reiches.

Frankannix
Steffeltutnix

Das Problem
mit den ganzen Kanaken
darf man nur nicht immer
so
"Neger"-tiv
sehen!



Zwar ist die Wahrscheinlichkeit gering das ausgerechnet er Imperator von Tegalien wird, doch Frankannix Steffeltutnix hat ein großes Potenzial an Anhängern in diesem Reich. So unter anderem in den Provinzen Afrikanien und Kanakien.

...weiter auf Seite 35

Hungerstreik

Betrifft: Gefangenenstreik in den Teilanstalten, Presseberichte des heutigen Tages

Liebe Lichtblick Redaktion, ich weiß nicht, ob all die in den Teilanstalt streikenden Inhaftierten isolierte Wesen sind. Zumindest kommt es mir so vor, denn bei all den Resozialisierenden »Nichtmaßnahmen« sind doch auch immer Angehörige betroffen. Wo bleiben die Demonstrationen dieser Mitbetroffenen? Ich suche vernünftige Menschen, die auf die Mißstände in der JVA Tegel, die ja jetzt speziell in aller Munde sind, auch mal aus der Sicht der betroffenen Angehörigen zeigen wollen. Notfalls halt mit Transparenten vor dem netten Portal I.

Ich denke, da hat jedes von einer Inhaftierung eines Kindes betroffene Elternteil, jede Ehefrau, jede Verlobte, jede Freundin, Freund, Kumpel ... so die eigene kleine Schikanengeschichte zu erzählen:

- überreichte aufgerissene Post, die ja eigentlich nur in Anwesenheit des Inhaftierten geöffnet werden darf,
- derzeit ist die spezielle Vorliebe im Haus I, die Verteidigerpost zu öffnen,
- willkürlich abgelehnte Anträge, z.B. Häftling A bekommt eine Schreibmaschine genehmigt, B eben nicht.
- Nicht erstellte Vollzugspläne,
- Nicht durchgeführte Vollzugspläne
- zugesagte Ausgänge, die dann doch nicht stattfinden,
- an plötzlich akuter auftauchender Alzheimer erkrankte Gruppenleiter, die sich ganz und garnicht an geführte Gespräche und an deren Ablauf erinnern können, demzufolge auch nicht an von ihnen mündlich gemachte Zusagen.
- Schreiben, die von Angehörigen mit externer Post in die Justizvollzugsanstalt geschickt werden, werden ignoriert und bleiben unbeantwortet.
- Post, die Angehörige und Freunde an die Gefangenen schreiben, werden ohne jegliche richterliche Genehmigung dem Inhaftierten vorenthalten, [...].
- und ... und ... und

Es gab Zeiten, da hatten Gefangene eine Lobby außerhalb der Mauern, derzeit ist es eben wirklich so, daß im Großherzogtum Tegel jeder sein eige-

nes Süppchen kocht und niemand vom Unrecht, das dem anderen zugefügt wird, Kenntnis erhält. Leider ist das auch der Boden dafür, daß eben das, was mit heutigem Datum in einer Zeitung stand, überhaupt möglich ist:

»Du« – ein Beamter zu einem Gefangenen – »bist hier in Tegel und hier gelten keine Gesetze, nur die, die wir machen.«

Der Bund der Steuerzahler regt sich sonst auch auf, wenn Steuergelder verschwendet werden, warum nicht in diesem Fall? Die meisten Bürger des Landes der Bundesrepublik Deutschland glauben an die ihnen überlieferte Mär, daß innerhalb der Gefängnismauern die Resozialisierung ihren Gang nimmt: Es wird doch Zeit, sie aus ihrem Kindertraum erwachen zu lassen.

Derzeit sitzt mein Ehemann in Tegel ein. Eigentlich hatte er eine Ladung in den offenen Vollzug erhalten, aber kleine Bürofos – zumindest hat sich bisher kein verantwortlicher Mensch finden können – haben ein nicht rechtsgültiges Gutachten aus den Gerichtsakten an die Justizvollzugsanstalt Hakenfelde gesendet. Nun glaube man aber bitte nicht, daß man nach Bekanntwerden dieses Versehens einlenkt und schnellstmöglich handelt. Weiterhin wird an diesem Irrtum festgehalten und beharrlich auf ein paar Fetzen Papier hingewiesen, das selbst der Gerichtshof als mangelhaft rügte uns aus diesem Grund eine Entscheidung einer ersten Instanz aufhob.

Jetzt kämpfen Anwälte, der Verfahrensgutachter des Revisionsverfahrens und ich als Ehefrau gegen diesen rechtswidrigen Vorgang, mein Mann kämpft zwischenzeitlich gegen die oben aufgeführten kleinen, alltäglichen Schikanen.

Bitte den Brief nicht falsch verstehen. Ich bin ganz und garnicht für eine Bagatellisierung von Straftaten. Aber diese Menschen sind im Namen des Volkes bereits verurteilt. Wenn ich als verantwortlicher Bürger, in dessen Namen diese Menschen in Tegel – ob zu Recht oder zu Unrecht – untergebracht sind, von derartigen Mißständen – wie sie als Meldungen jetzt durch die Presse gehen, erfahre, dann möchte ich doch die Einhaltung eines bestehenden Strafvollzugsgesetzes unterstützen, Kontakt

Achtung Absender!

Vielen Zuschriften ist nicht oder nur schwer zu entnehmen, ob sie zur Veröffentlichung bestimmt sind oder nur das redaktionelle Informationsbedürfnis befriedigen sollen. Hilfreich wäre auch ein Hinweis darauf, ob der Name des Zusenders voll, abgekürzt oder (nur in Ausnahmefällen) gar nicht genannt werden soll. Auf alle Fälle behalten wir uns Kürzungen vor; keinesfalls erfolgen Honorarzahlungen.

libli

mit Mitbetroffenen versuchen und hoffe dabei auf Ihre Unterstützung, z.B. durch die eventuelle Vermittlung von Kontaktadressen. [...]

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Name ist der Redaktion bekannt

Das erste Mal

Zum ersten mal in meinem über 60jährigen Leben wurde ich verhaftet und in eine Polizeizelle [...] gebracht. Das Entsetzen und Unvermögen, Hilflosigkeit, Fassungslosigkeit und Wut auf die, die mir das eingebrockt hatten, erfaßte mich. Das Umfeld erschreckte mich, nach Stunden passierte nichts, sie werden vernommen, warten sie. Der Wunsch, eine Toilette aufzusuchen, wurde widerwillig gewährt. Ich verbrachte ca. 16 Stunden dort, ohne eine einzige Frage nach einem Getränk, andere randalierten, ich hatte Angst.

Am Vormittag kam eine Kripobeamtin [und] sagte, daß haben sie davon, daß sie zur Vorladung nicht gekommen [sind]. [...] Frau E. – so hieß die Beamtin – wollte am Nachmittag wieder kommen. Sie kam nicht, sondern 2 Beamte überführten mich nach Moabit. Ich dachte, jetzt ist der Spuk vorbei. Weit gefehlt, ich kam in die sogenannten Katakomben und war entsetzt bis ins tiefste Mark. Der baufällige Zustand, 2 x knapp 3 Meter für 2 Wartende, das Klo ein Raum, das jede Intimsphäre nahm. Die älteste Inschrift auf den völlig beschriebenen Decken und Wänden entdeckte ich aus 1986. Nach endloser Wartezeit wurde ich einem Haftrichter vorgeführt. Meinen Anwalt erreichte

man nicht. Haftbefehl wegen Verdunkelungs- und Fluchtgefahr. Als ich meinen Anwalt nicht bekam, wollte ich meinen Mann sprechen. Ich hatte ihn am Ohr, der Haftrichter sagte ihm, wo ich wäre [...]. Nun bat ich meinen Mann einen großen Zettel zu nehmen und die wichtigsten Dinge aufzuschreiben, zumal ich zu Hause meine 95jährige Mutter versorge. Nach dem ersten Satz haute der Richter auf die Gabel und sagte, was bilden sie sich ein, ich bin doch nicht ihr Büro. So konnte ich wichtige Dinge für die nächsten Tage nicht mehr anweisen. Ich wurde dann völlig verzweifelt nach Lichtenberg gebracht. Total überrascht von der Höflichkeit und ein gewisser Art von Mitgefühl schlug mir entgegen. Die Einzelzelle – 23 Stunden geschlossen – störte mich nicht, sondern bot mir in dieser verzweifelt Situation Schutz. Nach zwei Nächten wurde ich in die JVA Pankow verlegt. Auch hier war ich von der Höflichkeit und Freundlichkeit der Schließenden und Schließenden überrascht. Korrekt, keine Vertraulichkeiten, aber höflich. [...]

Ich möchte mit meinem Brief eigentlich nur sagen, daß jeder einmal stracheln kann, deshalb hatte und hat dieser Mensch eine Würde und eine Achtung verdient, er ist bestraft, aber kein Untier. Für ein Tier im Tierheim tun die Menschen mehr, als für einen Menschen hinter Gittern. Allen Mut und behalten sie alle Ihre Würde, Ihr Selbstwertgefühl, daß macht den Menschen aus. Name der Red. bekannt.

Haftklatsche

Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich mich an euch wenden, um einmal über die Zustände zu berichten, die auf der Station B 1 im Haus III herrschen.

Da seit kurzem bei großer Hitze im Haus auf den sogenannten »langen Riegel« am Donnerstag und Sonntags verzichtet wird, hatten wir hier gedacht, daß dies auch für uns zählt und wir an diesen Tagen Umschluß bekommen. Aber weit gefehlt, scheinbar zählt diese Regelung für uns nicht. Wir sind hier 23h am Tag ohne Kontakt weggeschlossen und nur 4 x wöchentlich haben wir die Möglichkeit uns von 18-21 Uhr mit einem

Mitgefangenen zusammenzuschließen. Schon allein das reicht aus, um nervlich ziemlich angespannt zu sein.

Dazu kommt, daß bis Mittwoch (22.08) wir Gitter am Fenster hatten, wodurch man nicht nach draußen schauen konnte, ohne erhebliche Probleme mit den Augen zu bekommen. Als an diesem Tag überraschend die Gitter getauscht wurden und wir die Hoffnung hatten, daß wir nun nach draußen sehen könnten, kam der nächste Schock, diese sind nicht besser als die anderen.

Ich weiß selbst, daß dies eine Absonderungsstation ist, und jeder der hierher verlegt wird, irgendetwas gegen die Ordnung und Sicherheit im Vollzug getan hat, aber ich denke, daß wir trotzdem noch Menschen sind und keine Tiere, die man extra sicher wegsperren muß. Ich selbst befinde mich seit dem 15.05.01 hier auf Station und habe vorher ein Jahr in Absonderung in der JVA Waldheim (Sachsen) gelegen, aber so etwas wie hier hab ich dort nicht erlebt. Vielleicht ist Euch dies eine kurze Mitteilung in Eurer Zeitung wert, damit auch andere Gefangene erfahren, wie auf Station B1 im Haus III mit Gefangenen umgegangen wird.

Mit freundlichen Grüßen U.-H. L.

Absonderung

Ich bin geschockt, einfach nur geschockt!

Wie die Beamten mit den Inhaftierten in der JVA Tegel, Moabit und in manchen anderen Haftanstalten umgehen, ist eine verdammt Zumutung! Von Resozialisierung kann da wirklich nicht die Rede sein! Wir Knackis sind immer noch Menschen und haben das Recht, auch so behandelt zu werden! [...] Und kein Mensch hat das Recht, uns doppelt zu verurteilen! Warum macht man uns diese Zeit denn noch schwerer, wie sie schon ist?

Ich finde es einfach schrecklich, wieviele Inhaftierte gedemütigt und erniedrigt werden. Das ist doch der reinste Psychoterror!!! 3 Minuten duschen und das nur alle 2 Tage, das sind doch keine Zustände! Und dann noch zu bestimmten Zeiten! Wenn man schwitzt und sich in seiner Haut nicht mehr wohl fühlt, möchte man gleich duschen und nicht

2 Tage später! [...] Man sollte am richtigen Ende sparen! Man hat das Recht auf Hygiene und das was geboten wird, ist einfach nur lächerlich!!

Nur selten werden die Gesetze eingehalten! Nicht nur die Pflichten sollte man deutlich machen, auch die Rechte! Die Rechte werden einem einfach vorenthalten. Man wird unfair behandelt, ausgebeutet und ausgetrickst, obwohl man als Knacki wirklich jeden Pfennig einzeln umdrehen muß! Warum holt man gerade bei den Leuten, die so schon kaum etwas haben? Das ist wirklich nicht fair! Ich finde die Isolation in der U-Haft einfach unverantwortlich! Die Inhaftierten sind so schon total verzweifelt, weil sie in Haft sind. Sie sind doch so schon eingesperrt, warum denn noch doppelt? Bei uns, in der JVA für Frauen ist das ganz anders. Es gibt getrennte Stationen für U-Häftlinge und Strafer und wir können uns frei bewegen. Was Trenner [Mittätertrennung] angeht, sie sind auch nicht den ganzen Tag in ihrer Zelle. Warum kann es im Männervollzug nicht auch so sein?

Es ist klar, daß jeder seine Fehler hat und nicht immer den geraden Weg geht, der erwartet wird. Viele haben es auch nicht anders gelernt! Viele hatten sehr schlimme Verhältnisse, was die Familie angeht oder Schwierigkeiten mit dem sozialen Umfeld usw.! Man sagt doch immer, man wird resozialisiert! Doch meistens kümmert man sich gar nicht um die Inhaftierten. Weggeschlossen und gut! Und das ist Resozialisierung???

Es ist doch kein Wunder, daß viele rückfällig werden! Man hat sich ja nicht mit ihnen beschäftigt und sie nicht auf den richtigen Weg geführt. Das einzige, was die meisten Knackis mit nach draußen nehmen, ist eine Haftklatsche! Die psychischen Schäden bleiben doch, die ganzen schmerzvollen Erinnerungen werden nie ganz vergessen sein! Soll das wirklich das Ziel sein?? Die meisten Beamten nehmen doch gar keine Rücksicht und behandeln einen wie ein wildes Tier! Sie unterdrücken einen und machen einen völlig nieder und kaputt! Manchmal denke ich, manche Beamte müssen doch Komplexe haben und machen die Inhaftierten runter, um sich selbst besser zu fühlen!

Mit freundlichen Grüßen

Sabrina K. aus Lichtenberg

Mittel zum Zweck

Liebe versprochen – aber ich war nur Mittel zum Zweck!!

Im März 98 lernte ich [...den damals inhaftierten R.] kennen. Er spielte mir mit sehr großer Überzeugung die »wahre & echte« Liebe vor! Er manipulierte mich, ohne daß ich es bemerkte, denn seine Entlassung war 5 Monate später. Durch meine regelmäßigen Besuche (5 x wöchentl.) usw. »verschönerte« und erleichterte ich ihn die restl. Zeit! Schon nach 3 Monaten sprach er von Heirat, ich sei seine Traumfrau usw., verliebt und naiv wie ich war, dachte ich, daß wir nach seiner Entlassung einen gemeinsamen Weg durch dick & dünn gehen werden!

Alles kam aber anders!! 4 Wochen nach seiner Entlassung [...] heirateten wir und er nahm sogar meinen Namen an. Ich war überzeugt, daß er es ehrlich & ernst meinte! 5 Tage nach Eheschließung ließ er seine »Fassade« fallen, er nahm ohne Grund seine »Tasche« und verschwand! Dies sollte nur der harmlose Anfang sein von Alkoholexessen, Drogenkonsum (was ich erst nach 8 Monaten mitbekam) Handgreiflichkeiten m. Körperverletzungen, seelische Grausamkeiten, weiterhin verschwand er oft für mehrere Tage in seine »alte Welt«!

Ich erkannte diesen Menschen überhaupt nicht mehr wieder!! Nichts war mehr von seiner einfühlsamen, liebevollen verständnis-vollen Art da! Ich stand ihm bei allem zur Seite, half ihm wo ich nur konnte und nun hatte ich keinen der mir half!

Sein Führungsaufsichtsbeamter meinte nur: »Er hat Nachholbedarf!« Fr. F., seine Therapeutin meinte: »Er wäre 4 Jahre ihr Klient gewesen und daher könne sie mit mir nicht reden!« In den nächsten folgenden Monaten gab ich nicht auf und wollte, daß er sich helfen läßt in form von Therapien o.ä., ich dachte, der »alte« R. würde dann wiederkommen! Es war alles sinnlos, zwischendurch hörte ich seine immer gleichen Sprüche: Er will die Ehe nicht auf's Spiel setzen, er will mich nicht verlieren, weil er mich über alles liebt usw. Nur er wollte sich überhaupt nicht helfen lassen! Sein bester Kumpel [...]

verstarb [...] bei einem Motorradunfall, als er für meinen Ex-Mann Drogen besorgen sollte! Auch dies geschah wieder mal ohne mein Wissen. Er hinterließ eine Frau und 3 Kinder! [...] Ich konnte nicht mehr und um mich zu schützen, reichte ich [...] die Scheidung ein und er und die Witwe gingen eine Beziehung ein!! Sie war bis dato meine »Vertrauensperson«, die mir in meiner Ehe helfen wollte!!

Während der Scheidung holte ich mir Akteneinsicht ein, um wenigstens über sein letztes Delikt die Wahrheit zu erfahren. Ich war wiedereinmal am Boden zerstört, er log mich auch hierbei an! Die »Opfer« hatten sogar noch meinen Nachnamen!!!

Bis heute hat er ihn nicht abgelegt, was er mir zugesagt hatte. Heute weiß ich, daß er mit der Heirat nur eine neue Identität und von einer Frau ausgehalten werden wollte!! Ich ging zu 2 Anwälten, aber keiner half mir einen Präzedenzfall anzustreben, um ihn zu zwingen, meinen Nachnamen abzulegen. Mir ist es schon peinlich, über sein wahres Delikt zu reden und keiner will mir endlich helfen!

Insgesamt verbüßte er eine 12jährige Haftstrafe als Gewalttäter und bekam 5 Jahre Führungsaufsicht + SV-Androhung. 4 Anzeigen gab ich wegen Körperverletzung + 1 Sachbeschädigung (Tür eingetreten) auf. Obwohl ich auch Atteste hatte, verließ ihn auch hier nicht das Glück und hatte einen sehr »fairen & toleranten« Richter auf seiner Täterseite!!! Er ging mit nur einer Geldstrafe von 1.600 DM nach Hause!!! Für was Führungsaufsicht + SV-Androhung? Wieder Gewalt, aber ich war ja nur seine Frau!

Wo ist die Gerechtigkeit, die Hilfe für Frauen wie mir, denen so übel mitgespielt werden, denn ich bin bestimmt kein Einzelfall. Früher hätte ich mir nie vorstellen können, mich mit einem „Knacki“ einzulassen, aber ich dachte, das Herz und der Charakter maßgebend sind; ich wurde eines anderen belehrt!!!

Für mich war es schon der Horror „unbewußt einen Alki bzw. Drogenabhängigen geheiratet zu haben! Von seiner Seite aus war es nur eine »arglistige Täuschung«, um daraus seine orteile zu haben!!!!!!

Name der Redaktion bekannt

Gewaltverbrecher

Im folgenden werden Sie Zeilen lesen, verfaßt, (gesehen) geschrieben von einem säumigen Familienvater, der Aufgrund seiner jeweiligen speziellen Zustände es »versäumt« hat, sich regelmäßig den Behörden zu melden! Nach 1 1/2 Monaten »klösterlichen« Besuches in der JVA Moabit wurde ich verlegt zum Sinne und Zwecke des Überganges zum wohl offenen Vollzug in die JVA Tegel. – Tegel Haus I! – Abgesehen von der Beschaulichkeit des »Äußeren«, gewinne ich bei jedem Schritte und Wandel meiner Augen das Gefühl, eine Zeitreise gemacht zu haben. Mir kommen die alten Mad-Max Filme mit Tina Turner in den Sinn. Eine Festung, eine Stadt in der Stadt. Eine Stadt für die Aussätzigen, sich selbst ausgesetzten, den sich fallengelassenen »unserer« feinen Gesellschaft. Mir ist nicht im geringsten klar, ob ich mit meiner Zeitmaschine vorwärts oder rückwärts gereist bin.

Haus I! Angekommen in meiner neuen Zelle, die mit fünf weiteren geteilt wird, erreicht der Schock seinen Höhepunkt. Meine 6-Mann Zelle liegt am Ende des Ganges. [...] Ein Gang ohne Ausgang. Linkt und rechts beflankt, kleine 1-Mann Zellen, in denen man(n), wenn man gleichzeitig beide Arme ausgestreckt, die Tür schließen und das gegenüberliegende Fenster öffnen kann! Massentierhaltung! Batterien für Legehennen!! [...] Häftlinge jeder Couleur, vom Tagedieb und Schwarzfahrer bis hin zum Langzeithäftling, jeder durchläuft das Haus I. Ich verlange Seife, möchte mir die Haare waschen... gibt's nicht! Getränke, Tee inetwa, keine Chance. Das tägliche Essen a'la Knastidende bedarf eines gesonderten Berichtes. Toilettenpapier, 1 Rolle pro Monat. Wenn ich also Durchfall bekäme, müßte ich die Rolle beim Stationsbeamten kopieren! Für mich ist nach 2 Tagen der Spuk vorbei. War es nur geträumt? Mit einem anderen Vater werde ich in den besonderen Trakt für Langzeithäftlinge verlegt. [...] Hier ist es schön, hier will ich bleiben und die Zeit nutzen, um die Gedanken des Gesetzes, sowie der Justiz zu ergründen. [...]

Ihr Gewaltverbrecher D. R.

ISO - HAFT

Dankenswerterweise hat der libli sich in der Ausgabe 3-4/2001 in mehreren Beiträgen dem Thema »Isolationshaft« gewidmet. Zwar mag es prozentual nur eine eher geringere Zahl von Gefangenen sein, die längere Zeit in Einzelhaft gehalten wird, um so gravierender sind jedoch für sie die Folgen. Ich sitze nahezu ununterbrochen seit meiner Festnahme am 12.10.96 in Einzelhaft; erst in berüchtigten Gefängnis Stammheim. Hofgang gefesselt auf dem Dach der Anstalt; zum duschen begleiten mich mindestens 5 Schließer. Nach 6 Monaten ordnete das Oberlandesgericht an, daß ich den Hof ungefesselt absolvieren könne, da andernfalls der Erholungseffekt gänzlich verlören ginge.

Im Februar 1998 fuhr man mich per Einzelschub nach Bayern (Straubing). Nur wenige Wochen war die Lage etwas gelockert, bis ich in der Isozelle landete und wieder gefesselt im Hof spazieren mußte. Um die Erniedrigung zu perfektionieren, mußte ich mich vor Verlassen der Zelle nackt ausziehen, bekam frische Wäsche. Danach ging es zum Arzt, oder Hof oder Besuch. [...] D. h. völliges Umkleiden jeden Tag beim Verlassen des Sicherheitstraktes.

Zum Schreiben gabs nur eine Kuli-Mine, da die Kuli-Hülle »gefährlich« sei. Im September '98 gings mit Einzelschub und Polizei nach Bruchsal; dort sitze ich in ununterbrochener Einzelhaft. Anstatt mehr Besuche zu genehmigen, ist in Isohaft die monatliche Gesamtbesuchsdauer von üblicherweise 4 Stunden, auf 2 Stunden gekürzt! Wochenendbesuche sind in Isohaft strikt verboten; wenn Angehörige werktags nicht kommen können, so hat man eben Pech gehabt. Kinderschänder (u.ä.) erhalten ihre Wochenendbesuche natürlich problemlos. Der TV-Besitz ist mir genauso verboten, wie das Fernstudium an der FernUni Hagen; hier ist der Versuch offensichtlich, Menschen psychisch zu brechen.

Ich habe weder »draußen« noch »drinnen« irgendwen umgebracht, im Vollzug habe ich bislang niemanden (weder Insassen noch Personal) angegriffen, aber die Anstalten argumentieren, daß es ihnen nicht zumutbar sei,

einen solchen Angriff erstmal abzuwarten. So gut es geht (denn Meinungsfreiheit im Vollzug ist eher unbekannt) versuche ich politisch aktiv zu bleiben im antifaschistisch-anarchistischen Spektrum; was aber dann dazu führt, daß bei Ausführungen plötzlich Maschinenpistolen-bewehrte Sicherheitsbeamte aufmarschieren.

Natürlich bin ich kein Kind von Traurigkeit und lehne Gespräche mit dem Anstaltsstab aus Prinzip ab; dieser verlangt jedoch ultimativ solche Gespräche, da ohne solche Gespräche keine – Zitat – »Vertrauensgrundlage« geschaffen werden könnten ... Es wäre zu wünschen, daß der libli sich vielleicht wieder einmal der Thematik der Isolationshaft widmet. An alle die in Isohaft sitzen (an die anderen Gefangenen natürlich auch!) viel Kraft!

Glück & Freiheit!

Thomas Meyer-Falk, JVA Bruchsal

In der TA I

Ahoi Jungs,

ich habe ein Stück Papier gelesen, auf dem Ihr die Insassen von diesem Gefängnis [JVA Tegel] um Anregungen und Verbesserungsvorschläge bittet [...]. Und um keinen Roman aus dem ganzen zu machen, zähle ich der Einfachheit halber alles auf, was meines Erachtens stark an dieser Einrichtung zu kritisieren ist. Mein Bezugspunkt ist dabei die TA I, denn den Rest kenne ich »noch« nicht.

– da wäre die fehlende Versorgung mit Hygieneartikel. Es gibt keinerlei Putzmittel, sowie mangelhaft Toilettenpapier.

– die Wasserleitungen – Trinkwasserleitungen – entsprechen wohl nicht heutigen Anforderungen [...]. Es riecht und schmeckt sehr schadstoffhaltig und hat teilweise sogar eine bräunliche bis trübe Verfärbung. Davon abgesehen ist der ganze Bau marode und gehört ins Mittelalter.

– das Brot ist nach einem Tag bereits schlecht. Zumindest bilden sich merkwürdige Kulturen darauf und es hat auch den Geruch von Schimmel. Es kann nie und nimmer annähernd frisch sein [...].

– der Langzeitsprecher muß grund-

sätzlich für alle Inhaftierten möglich sein. Selbst wenn es ein bauliches oder organisatorisches Problem darstellt, so kann es nicht akzeptiert werden, daß er nur in einigen TA's machbar ist. Es ist eine »Zufallsbegünstigung« für die, die das Glück haben in einer solchen TA zu verweilen. Das darf nicht sein! Es gibt genügend verheiratete Menschen hier, oder Fälle wo die Angehörigen von weit herkommen, und denen ist dieser Langzeitsprecher versagt, nur weil ihre TA es, aus welchen Gründen auch immer, nicht zuläßt.

– die Abwicklung der EWA spricht für sich und gegen jede Norm. Ich meine damit die Wartezeiten. Bei Wartezeiten für Neuzugänge von 6-9 Monaten verschwindet jeglicher Bezug zur Person, zur Straftat und zur justizpsychologischen Einordnung. Diese Wartezeiten stehen in keinem Verhältnis zu manchen Strafzeiten und zerstören bereits am Beginn der Haft wertvolle sozialpädagogische Ansatzpunkte.

– die Essensmenge zur Mittagszeit schwankt täglich, so daß an Tagen viel weggeworfen wird, während es an anderen Tagen kaum ausreicht. [...]

– Ein Großteil der Einkaufartikel kann nicht aufbewahrt werden, da es an Kühlmöglichkeiten fehlt. Das ist die gleiche Ungerechtigkeit wie mit dem Langzeitsprecher. Wir alle sind Schutzbefohlene der Anstalt und sie hat dafür zu sorgen, daß jeder gleich behandelt wird.

– es sollte »Haushandwerker« geben, die sich um kleinere Reparaturen der einzelnen Abteilungen kümmern können. Arbeit dazu gibt es genug, jedoch scheitert die Ausführung oft an komplizierten Vorgehensweisen.

– die Fenster sollten in einer Weise verschlossen werden, so daß es keinem mehr möglich ist, sein Müll hinauszwerfen. Das meine ich ernst. Zwar wäre ich dann selber betroffen, aber ich finde die saumäßige Art und Weise von den meisten Inhaftierten ekelhaft und unzivilisiert. Vor allem aber unnötig!

– Es sollte auch zugelassen werden, daß sich Arbeiter Essen+Trinken mitnehmen dürfen. Diese Regelung ist unerhört. Wer von unseren Beamten wird im Frühdienst erst gegen 1130 das erste Getränk bzw. Speise einnehmen?! [...]

T. M. TA I

aufBruch

»www.planet-tegel.de« ist die Internetadresse, unter der seit drei Jahren die von aufBruch initiierte und von Gefangenen der JVA Tegel gestaltete erste Gefangenen-Homepage nicht nur zu sehen ist, sondern über die auch zu den rund 15 Gefangenen der Internetgruppe per Email Kontakt aufgenommen werden kann (kontakt@planet-tegel.de). In den zurückliegenden drei Jahren hat sich einiges getan und Stillstand ist auch jetzt nicht angesagt. Derzeit konzipiert die Gruppe eine neue Startseite, die schnelleren Zugriffs auf aktuelle Informationen über das Geschehen in Tegel, wie unlängst beim Hungerstreik, für die Außenwelt sicherstellen soll. Die Mitglieder der Internetgruppe sammeln Informationen, schreiben Texte und kommunizieren per Email mit den Usern vor den Gefängnismauern. Das geschieht sowohl in der Redaktionsgruppe samstags von 9 bis 11 Uhr, als auch in der Forumgruppe montags von 17.30 bis 21 Uhr jeweils in der TA VI. Interessenten für eine Mitarbeit in der Internetgruppe sollten einen Vormelder an den jeweils zuständigen Sozialarbeiter schreiben und einen zweiten direkt an die Internetgruppe im Haus VI. Etwa alle vier Monate finden Bewerbungsgespräche statt, bei denen man sich kennenlernen kann und bei denen dann auch entschieden wird, wer in die Gruppe aufgenommen werden soll.

»Ikarus« – ist der Titel des neuen Theaterstückes, zu dem Anfang Oktober die Proben begonnen haben. Etwa 40 Gefangene fast aller Teilanstalten (außer aus der TA I, die von der Anstaltsleitung noch nicht zugelassen wurden), treffen sich montags und freitags von 17.30 bis 21 Uhr im Pavillon der TA V bzw. VI, um den Mythos des missglückten Flug- und Fluchtversuches aus der Antike in die Gegenwart zu bringen. Ob dies letztlich gelingen wird werden wir Ende Januar/Anfang Februar 2002 feststellen können, wenn das Ergebnis der Proben bei den Aufführungen im Kultursaal vorgestellt wird.

»Klassik im Knast« – Die Otto-Sinfoniker aus Moabit fanden bei ihren Konzerten in der Anstaltskirche ebenso großen Zuspruch, wie unlängst das niederländische Straßensinfonieorchester im Kultursaal.



Am 26. November 2001 wird der Pianist Michael Endres in Tegel ein Klavierkonzert geben. Er ist nicht nur Professor an der Hochschule für Musik in Köln und der europäischen Akademie in Montpellier, sondern auch ein erfolgreicher Schubertinterpret. Nach dem Konzert besteht die Möglichkeit sich in lockerer Atmosphäre mit dem Künstler auszutauschen – schon allein das ist ein Novum für Tegel.

»EINSCHLUSS« ist der Titel des gerade im Berlin Verlag erschienenen Buches von Hans-Joachim Neubauer. Während seiner Arbeit als Dramaturg für einige aufBruch Theaterprojekte lernte er nicht nur Gefangene kennen, sondern viele Biographien und vor allem auch ein Stück von dem Leben der Gefangenen in Tegel.

Aus den eigenen Eindrücken, den zahllosen Interviews, die er im Verlauf von zwei Jahren mit einer Vielzahl von Tegeler Gefangenen führte, entstand jetzt diese Textsammlung, die Außenstehenden einen aufschlussreichen, teils unter die Haut gehenden Eindruck des Knastes Tegel und seiner Gefangenen vermittelt, von dem eine Zeitung unlängst schrieb: »Was Hans-Joachim Neubauer uns aufgeschrieben hat, sollten wir nicht zu den Akten legen«.

fragie

Oper

Don Giovanni in Haft
Ein Hochgenuß für Opernliebhaber

Das Berliner Mozart Ensemble hat am 31. Juli 2001 im Kultursaal der JVA Tegel Mozart's »Don Giovanni« aufgeführt. Die acht professionellen Darsteller des Ensembles wurden dabei von einem etwa 25köpfigen Orchester musikalisch begleitet. Nicht nur wegen der Besonderheit des Aufführungsortes wurde auf die üblichen Formen von Bühnenausstattungen verzichtet.

Die ungewöhnliche Art der Inszenierung erklärt die Regisseurin Sandra Leupold damit, daß die Bühne nicht mehr (und nicht weniger) sei als der Ort, an dem die Darsteller »Don Giovanni« aufführen. Ohne all das, was man gemeinhin dazu brauche. Denn es sei so wenig nötig, um Freiräume in der Musik erfahrbar und erlebbar werden zu lassen. Um die Schicksale der Figuren rigoros beim Wort zu nehmen.

Und das Stück ist reich an menschlichen Schicksalen, gespickt mit Totschlag, Auferstehung von den Toten, Betrug, versuchte und vollendete Vergewaltigung, Körperverletzung... Ein Stück, das die Augen aller Staatsanwälte zum Rotieren bringen könnte. Auch wenn das Stück in einer Fremdsprache (italienisch) aufgeführt wurde, haben die Darsteller die Emotionen mit ihrer darstellerischen Kunst auch den Zuschauern vermitteln können. Auf der Bühne wurde geschubst, herumgewirbelt, auf den Boden geworfen...

Insgesamt ein sehr gelungener Abend, sicherlich ein Hochgenuß für alle Opernliebhaber. Zum Abschluß gab es für das Ensemble tosenden Beifall. Leider haben viele Gefangene dieses Kulturerlebnis, das sich wohl nicht mehr so schnell bieten wird, verpaßt. Nur etwa 25-30 Gefangene haben an der Veranstaltung teilgenommen. Vermutlich liegt die geringe Teilnahme an dem nicht allzu hohen Interesse der Gefangenen an der Oper. Bei den meisten teilnehmenden Gefangenen war es zwar der erste, aber mit Sicherheit nicht das letzte Opernstück. Es bleibt zu hoffen, daß die Organisatoren der Veranstaltung sich wegen der geringen Teilnahme nicht entmutigen lassen, sondern auch in Zukunft derlei kulturelle Veranstaltungen in der JVA Tegel ermöglichen.

Sinfonie

Spektakuläre Show
mit symphonischer Musik

Das Ricciotti Ensemble ist ein »Straßensymphonieorchester« und besteht aus 40 jungen Musikern aus den Niederlanden. Den Begriff »Straße« sieht man breit: Ricciotti spielt für jeden an allerhand öffentlichen Orten, z.B. in einer Kneipe, in einem Kloster, in einem Asylantenheim, am Bahnhof, in einer alten Kirche und nicht zuletzt auch auf Straßen und Plätzen. Bei seiner Tournee durch Deutschland und Berlin hat das Ensemble allerdings am 13. August 2001 auch in der JVA Tegel ein Zwischenstop eingelegt.

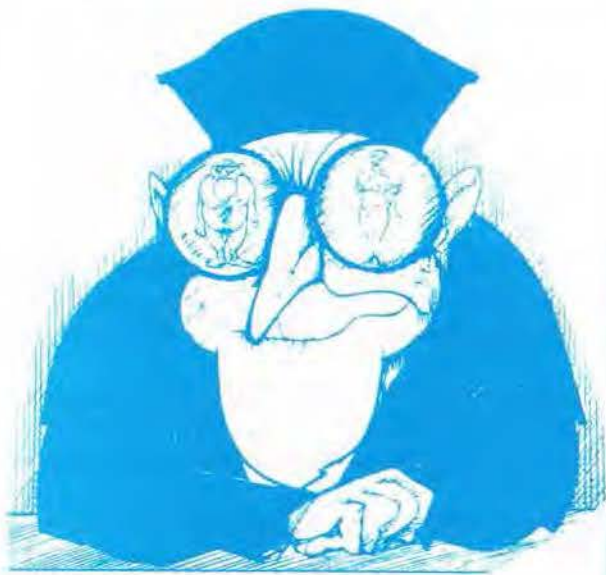
Das wichtigste Ziel des Orchesters ist es, gute Musik außerhalb der gängigen Konzertpodien zu spielen, für alle, die es nicht gewöhnt sind, ins Konzert zu gehen. Ein Auftritt des

Ricciotti Ensemble ist eine spektakuläre Show mit symphonischer Musik aller Zeiten und Stilepochen. Von klassisch bis modern. Oper neben Rock und Jazz. Es bietet jedem Musikliebhaber das seine. So sind auch die über 100 gefangenen Zuschauer voll auf ihre Kosten gekommen. Von langsam melancholischen Stücken für die Seele bis lebhaft schnellen Hormonbeschleunigern; alles war vorhanden.

Die Mezzosopranistin Karin van As hat dem Abend mit ihrer erfrischenden Stimme eine besondere Würze verliehen. Durch die recht fröhliche Stimmung hat sich auch ein Gefangener zu einem Lied hinreißen lassen. Der gefangene Künstler war allerdings nicht auf das 40köpfige Orchester angewiesen. Er hat sich vor sich hinsummend seine eigene Musik gemacht und nebenbei auch noch gesungen.



Foto: Hoffmann



Professor Dr. Michael Matzke, Berlin

Aus der Rechtsprechung zum Strafvollzugsgesetz – 2000 –

zit. n. NStZ 2001, Heft 8 S. 410ff

§ 7 II u. III StVollzG Anforderungen an die Fortschreibung des Vollzugsplans

1. »Da die Fortschreibung eines ordnungsgemäß aufgestellten Vollzugsplans darin besteht, ihn insoweit zu ändern, als die Entwicklung des Gefangenen und weitere Ergebnisse der Persönlichkeitserforschung dies verlangen (§ 7 III 1 StVollzG), ist es ... entbehrlich, dort diejenigen bisherigen Regelungen lediglich abzuschreiben, für deren Änderung keinerlei Anlaß besteht. § 7 II StVollzG ist keine Formvorschrift, die zu bloßer Schreibearbeit zwingt. Hält ein Gefangener aufgrund der eigenen Einschätzung seiner Entwicklung eine neue Regelung für erforderlich, muß er sie bezeichnen und zunächst beantragen (vgl. KG Beschl. v. 10.11.1997 - 5 Ws 322/97 Vollz1). Er kann ihr Fehlen nicht beanstanden, wenn nicht ersichtlich ist, warum sich die JVA mit der fehlenden Regelung hätte befassen müssen. Das kann freilich nur für solche Themen gelten, deren Behandlung in der Vollzugskonferenz sich nicht aufgrund der Entwicklung des Gef., des Vollzugsverlaufs, des nahen Endes des Vollzugs und der mit ihm gegebenenfalls einhergehenden Notwendigkeit einer langfristigen Entlassungsvorbereitung, des längeren Zurückliegens der letzten Fortschreibung und ähnlichem, aufdrängt; denn der Vollzugsplan wird von Amtswegen fortgeschrieben.«

KG Beschl. v. 15.09.2000 - 5 Ws 584/00 Vollz
1 S.Matzke NStZ 1998, 397 Nr. 2.

§ 9 n. F. StVollzG Verlegung eines Gef. in eine sozialtherapeutische Anstalt

2. »Angezeigt ist die Behandlung eines Gef. in der sozialtherapeutischen Anstalt zunächst dann nicht, wenn der Gef. für eine derartige Therapie ungeeignet ist. Die fehlende Eignung muß, wie aus § 9 I 2 StVollzG folgt, auf Gründen beruhen, die in der Person des Gef. liegen, so daß die Verlegung nach § 9 I StVollzG – anders als diejenige nach § 9 II StVollzG – grundsätzlich nicht mit dem Hinweis abgelehnt werden darf, das von der Anstalt entwickelte Rahmenkonzept und das dort bestehende Angebotsprofil seien auf diesen Gef. nicht zugeschnitten.

... Angezeigt ist die Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt auch dann nicht, wenn der Gef. der Behandlung nicht bedarf. Das ist zum einen der Fall, wenn er eine Therapie überhaupt nicht benötigt, zum anderen, wenn zu erwarten ist, daß bei ihm Behandlungsmaßnahmen im Rahmen des Normalvollzugs keine schlechteren Erfolge als eine Sozialtherapie erzielen.

... Zu weit geht die Rechtsbeschwerde ..., wenn sie ... die Auffassung vertritt, die Verlegung eines Gef. in die sozialtherapeutische Anstalt könne nur angezeigt sein, wenn sie sich bei diesem Gef. mit hoher Wahrscheinlichkeit als unwirksamste Form der Minderung der Rückfallgefahr darstelle. ... Der Wortlaut des § 9 I StVollzG läßt nicht erkennen, daß die Länge der Reststrafe für die Verlegungsentscheidung von Bedeutung sein soll.

... Hiernach liegt die Annahme nahe, daß nach dem Willen des Gesetzgebers der Länge des im Einzelfall noch bevorstehenden Freiheitsentzugs bei der Entscheidung über die Verlegung in die sozialtherapeutische Anstalt kein ausschlaggebendes Gewicht zukommen darf, die Verlegung also auch dann i. S. von § 9 I 1 StVollzG angezeigt ist, wenn sich der Behandlung des Gef. seine Entlassung in die Freiheit noch nicht anschließt.«

KG Beschl. v. 28.04.2000 - 5 Ws 754/99 Vollz (NJW 2001, 1806)

§§ 10, 11 StVollzG Begründungsanforderungen bei Versagung von Vollzugslockerungen

3. Lehnt die Vollzugsbehörde Vollzugslockerungen ab, weil nach ihrer Auffassung die Gefahr der Flucht oder des Mißbrauchs besteht, muß sie diese umfassend begründen und die tatsächliche Grundlage ihrer Prognose vollständig angeben. Allein der Umstand, daß der Gef. seine Verurteilung für unrechtmäßig hält, genügt nicht. Nur wenn sich aus konkret darzulegenden Einzelumständen ergibt, daß der Verurteilte im Falle von Vollzugslockerungen erneut Straftaten begehen wird, ist die Ablehnung vertretbar.

OLG Celle Beschl. v. 19.04.2000 - 1 Ws 77/00 (StV 2000, 572). S. auch Nrn. 6 und 7.

§ 11 StVollzG Gewährung von Vollzugslockerungen trotz Leugnen der Tat

6. Allein der Umstand anhaltender Tatleugnung reicht zur Begründung von Mißbrauchsgefahr i. S. des § 11 II StVollzG nicht aus. Um den Aussagewert der Tatleugnung für die Mißbrauchsgefahr beurteilen zu können, müssen deshalb weitere Prognosegesichtspunkte, so die Persönlichkeit des Gef., seine Entwicklung bis zur Tat sowie Motive der Tatbegehung, erkennbare Motive für die Tatleugnung, Entwicklung und Verhalten im Vollzug und die Eignung für eine Therapie herangezogen werden.

OLG Frankfurt a.M. Beschl. v. 06.03.2000 - 3 Ws 114/00 StVollz (NStZ-RR 2000, 251). S. auch Nrn. 3 und 7.

§ 11 StVollzG Vollzugslockerungen bei sich zu Unrecht verurteilt fühlendem Gef.

7. Zur ermessensfehlerhaften Verweigerung von Vollzugslockerungen bei Annahme von Flucht- und Mißbrauchsgefahr im Hinblick darauf, daß sich der Gef. zu Unrecht verurteilt fühle und jegliche Einsicht vermissen lasse, jedoch das positive Vollzugsverhalten (u.a. Selbststellung zum Strafantritt) nicht ausreichend gewürdigt wurde.

LG Konstanz Beschl. v. 30.08.2000 – StVK 120/00 (StV 2000, 34). S. auch Nrn. 3 und 6.

§§ 17 III Nr. 1 und 3, 102ff. StVollzG Zur Einzelunterbringung während der Arbeitszeit und Freizeit in einer Isolierstation als Folge schuldhafter Pflichtverletzungen

11. Die gemeinschaftliche Unterbringung während der Arbeitszeit und der Freizeit darf nach § 17 III Nr. 1 oder 3 StVollzG nur bei Vorliegen konkreter Tatsachen, die eine entsprechende Gefährdung ergeben, eingeschränkt werden.

Die Einrichtung von Isolierstationen für disziplinarisch schwierige Gefangene ist als Umgehung der Vorschriften über die Disziplinarmaßnahmen nach den §§ 102ff. StVollzG unzulässig. Auch wiederholte schuldhafte Pflichtverletzungen eines Gef. dürfen, wenn nicht die verschärften Voraussetzungen des § 17 III StVollzG vorliegen, lediglich im Rahmen der §§ 102ff. StVollzG geahndet werden.

LG Hamburg Beschl. v. 19.06.2000 – 605 Vollz 63/00 (ZfStVo 2001, 50)

§§ 18 I 1, II 2, 145 StVollzG Zu den Voraussetzungen für Ausnahmen vom Gebot der Einzelunterbringung während der Ruhezeit

12. Eine allgemeine chronische Überbelegung ohne eine fehlende zeitliche Eingrenzung oder aber eine mehrjährige Anordnung der Aufnahme weiterer Gefangener, die im Ergebnis zu einer Überbelegung der JVA von 30% führt, unterfällt nicht dem auf einer Notlage beruhenden Ausnahmefall i.S. des § 18 II 2 StVollzG.

Aus der Befugnis der Aufsichtsbehörde, die Belegungssituation einer JVA festzusetzen (§ 145 StVollzG), folgt keine Einschränkung des durch § 18 I 1 StVollzG gewährten Rechts des Strafgef. auf Einzelunterbringung während der Ruhezeit.

LG Kassel Beschl. v. 20.06.2000 – 2 StVK 125/00 (ZfStrVo 2001, 119)

§ 19 II StVollzG Zur Einschränkung der Haftraumausstattung

14. »... die Anwendung der in der Hausordnung (Anm. d. Verf.: der JVA ...) ... niedergelegten 'REFA-Haftraumkontrolle' (ist) nicht zu beanstanden, ... Die darin entwickelten Richtlinien enthalten unter dem Gesichtspunkt einer einheitlichen Ermessensausübung eine Indizwirkung für die von der Vollzugsanstalt zu treffende Ermessensentscheidung, ob die Ausstattung eines Haftraumes unter dem Gesichtspunkt eines zumutbaren Kontrollaufwandes noch als angemessen hinzunehmen ist. ... Der Wert (Anm. d. Verf.: des im 'REFA'-Formular festgelegten maximalen Gesamtkontrollaufwandes, den die Anstalt für die Kontrolle eines Haftraumes ansetzt) entspricht einer angenommenen Kontrollzeit von 4 Stunden für die Kontrolle einer einzelnen Zelle, ab deren Überschreitung die Vollzugsanstalt regelmäßig eine Beeinträchtigung ihrer Sicherheit und Ordnung annimmt, weil sie eine ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer sonstigen Aufgaben aus Zeitgründen für nicht mehr gewährleistet sieht. Das ist unter Berücksichtigung des Umstandes, daß allzu zeitraubende und komplizierte Kontrollen unzumutbar sind (vgl. hierzu OLG Hamm ZfStrVo 1983, 251), vertretbar. ... Allerdings entbindet die Überschreitung des Grenzwertes ... die Vollzugsbehörde nicht davon, die Richtigkeit ihrer Entscheidung auch für den konkreten Einzelfall zu überprüfen (vgl. hierzu auch OLG Frankfurt a.M. ZfStrVo 1981, 122; Schwind/Böhm StVollzG, 3. Aufl., § 115 Rn 23 jew. für den Fall der VV zum StVollzG).«

Pfz OLG Zweibrücken v. 19.12.2000 – 1 Ws 605/00 – Vollz.



Spitzenlöhne bei ver.di

Schon im Vorfeld gab es heftige Diskussionen über die anvisierten Gehaltssteigerungen den ver.di-Spitzenfunktionären. Sollte sich doch der Vorsitzende ursprünglich einer Gehaltssteigerung von 79 Prozent erfreuen dürfen? Ergebnis der Debatten: Eine knappe Mehrheit sprach sich im Rat, dem obersten Beschlussgremium zwischen den Bundeskongressen, für einen Gehaltskompromiß aus, der eine Erhöhung um 59,2 Prozent vorsieht.

Detlef Hensche, der frühere Vorsitzende der IG Medien, hatte den ver.di-Gewerkschaftsrat (GR) in einem vertraulichen Papier davor gewarnt, »die Gehälter für die Wahl-angestellten festzulegen, noch bevor die der übrigen Gewerkschaftsbeschäftigten mit den Betriebsräten verhandelt sind. Dies dürfte sozialen Unfrieden stiften«. Hensche legte einen Alternativvorschlag vor. Doch der blieb ebenso unberücksichtigt wie seine Warnung. [... Der GR beschloß eine] Regelung, die weit über den höchsten Gehältern der Vorstandsmitglieder in den fünf Gründungsgewerkschaften liegen. Zugleich ist immer noch unklar, wie die übrigen, »normalen« ver.di-Angestellten künftig bezahlt werden. Allerdings fand der Kompromiß zugunsten der insgesamt 84 ver.di-Wahl-angestellten nur eine knappe Mehrheit von 55 zu 45 im GR, wie zu hören war. Nun soll der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Bsirske künftig monatlich 27.000 Mark brutto bekommen. Im Hensche-Vorschlag waren 18.000 Mark anvisiert. Der GR-Personalausschuß und das Präsidium hatten ihrerseits 30.000 Mark vorgeschlagen. Dieser ursprüngliche Beschlussvorschlag hatte das Gehalt eines Landesbezirksleiters von monatlich 15.000 Mark mit 100 Prozent zum Maßstab des Einkommens der übrigen Spitzenfunktionäre gemacht. Die 13 Bundesfachbereichsleiter sollten danach 150 Prozent, die Finanzver-

antwortlichen 160 Prozent, die Vize-Vorsitzenden 175 und der Bundesvorsitzende 200 Prozent beziehen.

Für alle Bundesfunktionäre hingegen hat der GR jetzt mit dem Kompromiß zehn Prozent weniger beschlossen, für die Landesrepräsentanten fünf Prozent weniger (also 14.250 Mark für den Vorsitzenden). Die 84 Spitzenfunktionäre beziehen 13 Monatsgehälter jährlich, allerdings soll kein Urlaubsgeld gezahlt werden. Bei einem monatlichen Durchschnittsbeitrag der ver.di-Mitglieder von etwa 22,50 Mark, so eine inoffizielle Zahl, werden demnach die Beiträge von gut 32.000 Mitgliedern allein für die Bezahlung der Spitzenfunktionäre aufgewandt.

Die Gehaltssummen an der Spitze haben Folgen für die Zahl und Gehälter der übrigen ver.di-Beschäftigten. Laut einer Richtlinie ist der Anteil der Personalkosten bei 50 Prozent des Gesamtetats festgeschrieben. Was aus dem Etat oben weggenommen wird, steht unten für die Verwaltungsangestellten und ver.di-Sekretäre nicht mehr zur Verfügung.

Auf die Folgen dessen hatte auch schon vorsorglich der ver.di-Gesamtbetriebsrat (GBR) hingewiesen: Aus dem »Rest-Etat« können noch weniger Menschen bezahlt werden. Da ver.di aber schon jetzt einen »rechnerischen Personalüberhang« aufweist, wird »der Druck auf die Beschäftigten verstärkt«, so der GBR; oder deutlicher: Noch mehr Stellen müssen gestrichen werden. [...]

Zwar verfüge ver.di bei seinem Start vor allem dank DAG und DPG über ein beträchtliches Vermögen, doch sind auch erhebliche Kosten entstanden. viel Geld ist notwendig für einen Sozialplan für alle die Beschäftigten, die nach der Zusammenlegung der fünf Gewerkschaftszentralen nicht nach Berlin umziehen konnten oder wollten. Teuer ist die neue Residenz am Potsdamer Platz. Zudem will ver.di noch den Bau einer eigenen, neuen Zentrale finanzieren. Da aber die Mitgliederzahlen weiter rückläufig sind, wie die GR-Mitglieder auch erfahren, wäre unter den gegenwärtigen Bedingun-

gen das Gewerkschaftsvermögen vermutlich spätestens im Jahre 2006 aufgebraucht. vgl. ND, 30.09.01

Neuverschuldung

Im Bundeshaushalt 2001 fehlen aufgrund der anhaltenden Arbeitslosigkeit 3,5 Milliarden Mark. Das bestätigte eine Sprecherin des Bundesfinanzministeriums [...]. »Wir könnten aufgrund der Entwicklung in diesem Jahr, die ungünstiger als erwartet verläuft, Schwierigkeiten im Haushaltsvollzug bekommen.« Eine interne Vorlage des Ministeriums macht vor allem die Zusatzbelastungen beim Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit und Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe für das Defizit verantwortlich. Durch den stockenden Abbau der Arbeitslosigkeit könnten wesentlich höhere Zuschüsse notwendig werden als veranschlagt.

Die Sprecherin des Bundesfinanzministeriums widersprach jedoch Berichten, wonach die Regierung außerdem mit Steuerausfällen aufgrund der lahmdenden Konjunktur zu rechnen habe. Es zeichne sich nicht ab, »daß wir bei den Steuereinnahmen hinter unseren Erwartungen zurückbleiben«. Finanzexperten der rot-grünen Koalition fordern für den Fall geringerer Steuereinnahmen eine Diskussion über die Neuverschuldung, da es im Bundeshaushalt keinen Spielraum für weitere Kürzungen mehr gäbe. vgl. taz, 01.10.01

Schmiders Milliardenbetrug

Im Milliarden-Betrugsprozeß am Landgericht Mannheim hat nach zähem Verfahrensbeginn der frühere Flowtex-Boss Manfred Schmitter am zweiten Verhandlungstag für einen Paukenschlag gesorgt: Der 52jährige Hauptangeklagte legte ein umfassendes Geständnis in diesem -

«...», sagt Petra Reetz, Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der die Denkmalschutzbehörde zugeordnet ist. Sondern mit ihrem Wert für die Geschichte der Stadt. »Diese Gebäude erzählen Geschichte, zwar nicht deren glänzendste Seiten, aber trotzdem sehr wichtige.« Die typische Berliner Backsteinbauweise der Gründerjahre, die man auch bei Krankenhäusern und Schulen finde, sei für Deutschland einzigartig. Hier habe sich der Staat manifestiert, die Bauten sollten Macht und Größe ausstrahlen.

»Auf der anderen Seite darf der Denkmalschutz der Nutzung eines Gebäudes natürlich nicht im Wege stehen«, sagt Reetz. Als Faustregel gilt, daß das äußere Erscheinungsbild eines Baudenkmals nicht verändert werden darf. Innen darf also eine ganze Menge getan werden. Und in der Haftanstalt Tegel wurde in der Vergangenheit auch eine Menge getan. So zog man in der Teilanstalt I, die wie die Teilanstalten II und III 1896 bis 1898 erbaut wurden, in den 1970er Jahren Zwischendecken ein. [Die Zellen sind trotzdem immer noch so groß wie Hundehütten.] Auch die ursprünglichen Gitter vor den Fenstern ersetzte man durch Gitter, die den modernen Sicherheitsanforderungen entsprechen. »Sicherheitsaspekte haben in den Vollzugsanstalten Vorrang vor dem Denkmalschutz«, sagt der Sprecher der Justizverwaltung, Martin Steltner. In diesen Fragen seien die Konservatoren auch einsichtig. Dem widerspricht auch Petra Reetz nicht. Die Justizverwaltung sollte sich mit der Behörde zusammensetzen und nach Lösungen suchen, so daß die Haftbedingungen modernisiert werden können. »Die Denkmalschützer werden da nicht päpstlicher als der Papst sein.« Auch die Möglichkeit eines Teilabrisses will Reetz nicht ausschließen. Doch einen vollständigen Abriß dürfe es nicht geben.

Hier jedoch ist der Streit mit dem Justizsenator programmiert. vgl. Der Tagesspiegel, 30.09.01

DIE WOCHE

MORGENPOST

von der Schadenssumme her – größten Kriminalfall der deutschen Wirtschaftsgeschichte ab. Schmider ließ die Erklärung von seinem Verteidiger Wolf Schiller vortragen. Dieser Gerichtstag sei für ihn so sehr »mit Angst besetzt«, daß er selbst dazu weder mental noch physisch stark genug sei. Der seit dem 04. Februar 2000 in Untersuchungshaft sitzende Schmider nannte die Tatvorwürfe der Anklage »in vollem Umfang zutreffend«. Lediglich die vom Staatsanwalt Reinhard Hoffmann benutzte Formulierung eines »bandenmäßigen Betrugs« störe ihn. Aber »ich stehe dazu«, so der gelernte Kaufmann, »daß ich über Jahre hinweg schwere Straftaten begangen habe«. Obwohl ihm vieles leicht gemacht worden sei, wolle er die Verantwortung weder auf die Politiker noch Behörden abwälzen. Schmider schilderte ausführlich die Anfänge seiner Hochstaplerkarriere. Er sei fasziniert gewesen von der Technik der horizontalen Bohrsysteme. Diese elektronisch gesteuerten Maulwürfe, mit denen Kabel- oder Rohrleitungen umweltschonend verlegt werden können, habe er 1985/86 in den USA kennen gelernt und in Deutschland einsetzen wollen. Gleich beim Start jedoch habe es Pannen gegeben; die mit wenig Kapital in Ettlingen bei Karlsruhe gegründete Firma Flowtex sei finanziell in eine Krise geraten. Und als trotz erster kleinerer Betrügereien der durchschlagende Erfolg am Markt weiter ausgeblieben sei, habe man angefangen, fingierte Leasinggeschäfte mit real nicht existierenden Bohrsystemen zu betreiben.

Der Einsturz des Flowtex-Lügenimperiums war besonders spektakulär, weil sich baden-württem-

bergische CDU- und FDP-Politiker im falschen Glanz des vermeintlichen Paradeunternehmers gesonnt hatten. Sie feierten rauschende Parties des Lebemanns Schmider. Der sagte jetzt, seine Angst vor Entdeckung habe er mit Alkohol und Psychopharmaka bekämpft. Sein luxuriöser Lebensstil sei lediglich »funktionaler Bestandteil des Blendwerks« gewesen. vgl. Süddeutsche Zeitung, 28.09.01

Knast unter Denkmalschutz

»Es kann nicht sein, daß die Gefangenen unter den Bestimmungen des Denkmalschutzes zu leiden haben.« Justizsenator Wolfgang Wieland hat eine klare Marschrichtung vorgegeben: Der Denkmalschutz für die Haftanstalt Tegel müsse weg. Bei einem Besuch in Berliner Gefängnissen nannte er als Beispiel, daß man nicht einmal die Zellenfenster vergrößern dürfe, ohne den Denkmalschutz auf den Plan zu rufen. »Als wenn sich hier Touristen an der Schönheit der Gebäude erfreuten.«

In Berlin stehen eine ganze Reihe von Gefängnissen aus dem 19. und vom Anfang des 20. Jahrhunderts unter Denkmalschutz. Einige schon seit den 1930er Jahren, andere kamen in den 50er und 60er hinzu. Die Berliner Denkmalliste nennt derzeit mehr als zehn geschützte Zellengebäude, darunter die Untersuchungshaftanstalt Moabit, die jetzige Jugendstrafanstalt Plötzensee und der geschlossene Männervollzug in Tegel.

»Denkmalschutz hat überhaupt nichts mit Touristenattraktionen zu

DER TAGESSPIEGEL

Knackis Adreßbuch

Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin,	Tel.	030 / 23 25-0
Amnesty International, Heerstr. 178, 53111 Bonn		
Amtsrechtsanwaltschaft Berlin, Kirchstr. 6, 10557 Berlin		
Arbeitskreis kritischer Strafvollzug (AKS) e.V., Prof. Dr. H. Koch, Postfach: 1268, 48002 Münster		
Ärztelkammer Berlin, Beauftragte für Menschenrechte, Flottenstr. 28-42, 13407 Berlin,	Tel.	030 / 40806-0
Ausländerbehörde, Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin,	Tel.	030 / 90158-215
Ausländerbeauftragte des Senats, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin,	Tel.	030 / 26542351
Berliner Datenschutzbeauftragter, Pallasstr. 25/26, 10781 Berlin,	Tel.	030 / 78768831
Bundesgerichtshof, Postfach 27 20, 76014 Karlsruhe		
Bundesministerium der Justiz, Jerusalemstr. 24-28, 10117 Berlin		
Bundesverfassungsgericht, Postfach 17 71, 76006 Karlsruhe		
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) Ruhrstr. 2, 10709 Berlin		
Bundeszentralregister, Neuenberger Str. 15, 10969 Berlin		
Carpe Diem e.V. - Delbrückstraße 27, 12051 Berlin	Tel.	030 / 61284777
Deutscher Bundestag-Petitionsausschuß, Bundeshaus, Platz der Republik 1 11011 Berlin		
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte Europarat, F - 67075 Strasbourg Cedex		
Freie Hilfe Berlin e. V., Brunnenstr. 28, 10119 Berlin,	Tel.	030 / 4496742
Humanistische Union e.V., Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin,	Tel.	030 / 204502-56
Kammergericht, Eißholzstr. 30-33, 10781 Berlin,	Tel.	030 / 9015-0
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. Aquinostraße 7-11, 50670 Köln;	Tel.	0221 / 97269-20
Landgericht Berlin, Strafvollstreckungskammer, Turmstr. 91, 10548 Berlin		030 / 9014-0
Landeseinwohneramt - Pass- und Personalausweisstelle Friedrichstraße 219, 10958 Berlin		
LKA, Tempelhofer Damm 12, 12101 Berlin,	Tel.	030 / 699-5
Landesversicherungsanstalt (LVA), Auskunfts- u. Beratungsstelle Wallstr. 9-13, 10179 Berlin	Tel.	030 / 202085
Polizeipräsident von Berlin, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin		
SCHUFA, Mariendorfer Damm 1-3, 12099 Berlin		
Senatsverwaltung für Justiz, Salzburger Str. 21 - 25, 10825 Berlin	Tel.	030 / 9013-0
Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe - Bundesallee 199, 10717 Berlin,	Tel.	030 / 90140
Staatsanwaltschaft Berlin, 10559 Berlin,	Tel.	030 / 9014-0
Strafvollzugsarchiv an der Universität Bremen, FB 6, Postfach 330 440, 28334 Bremen		
Synanon, Bernburger Str. 10, 10963 Berlin		
Täter - Opfer - Ausgleich »Dialog«, Schönstedtstr. 5, 13357 Berlin,	Tel.	030 / 90156322
Verfassungsgerichtshof Berlin, Eißholzstr. 30-33, 10781 Berlin,	Tel.	030 / 9015-0
Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstr. 7, 10557 Berlin		
Zentrale Beratungsstelle der Freien Straffälligenhilfe,		

Bundesallee 42, 10715 Berlin,	Tel.	030 / 8647130
Anwaltsnotdienst,	Tel.	0172/3255553
Berliner Rechtsanwaltskammer,	Tel.	030 / 30693100
Justizvollzug-Abteilung V ,	Tel.	030 / 90133349
Petitionsausschuß Abgeordnetenhaus,	Tel.	030 / 23251470/77
Sozialgericht / Landessozialgericht Berlin		
Invalidenstr. 52, 10557 Berlin	Tel.	030 / 90165-0
Freiabo. für Gefangene e.V. Köpenicker Str. 175 10997 Berlin		
Anti-Diskriminierungsbüro,	Tel.	030 / 2042511
Berliner Anwaltsverein e.V.	Tel.	030 / 2513334
Büro gegen ethn. Diskriminierungen,	Tel.	030 / 2168884
Gefangeneninitiative Dortmund,	Tel.	0231/412114
Landesdrogenbeauftragte von Berlin,	Tel.	030/9026-7
Strafvollzugsarchiv Universität Bremen,	Tel.	0421/2184035
Telefonseelsorge (wellich),	Tel.	0800/1110111
Telefonseelsorge (kirchlich),	Tel.	0800/1110222
Universal Stiftung Helmut Ziegner	Tel.	030/773003-0

Berliner Vollzugsbeirat

Beiratsvorsitzender	Dr. Olaf Heischel
Stellvertreter	Friederike Kyrieleis
Stellvertreter	Dr. Lothar Grunau
Vors. Anstaltsbeirat Düppel	Paul-Gerhard Fränkle
Vors. AB JVA- Moabit	Hartmut Kieburg
Vors. AB JVA- für Frauen	Jürgen Fiedler
Vors. AB JVA- Hakenfelde	Friedrike Kyrieleis
Vors. AB JVA- Plötzensee	Ronald Schirock
Vors. AB Jugend-Arrestanstalt	Charlotte Görlich
Vors. AB Jugend-Strafanstalt	Klaus Langnäse
Dozent Humboldt Uni	Dr. Olaf Homann
Vors. Berlin Heiligensee	Claudian Venske

Tegeler Anstaltsbeiräte

Teilanstalt I	Mehmet Tat
Teilanstalt I E/EWA	Karl Mollenhauer
Vorschaltstation TA I	Karl Mollenhauer
Teilanstalt II	Georg Klein u. Jürgen Albrecht
Substituentenstation TA II	Karl Mollenhauer
Teilanstalt III	Helmut Keller u. Paul Warmuth
SothA / TA IV	Axel Voss
Teilanstalt V	Fr. Krebs, Carmen Weisse u. Michael Braukmann
Teilanstalt VI	Dietrich Schildknecht u. Pawel Winter
Pädagogische Abteilg./Schule	Axel Voss
Ansprechpartner für Gefangene:	
- aus arabischen Ländern	Maher Tantawy
- aus der Türkei	Mehmet Tat
- aus Polen	Pawel Winter
- f. d. kathol. Pfarramt	Georg Klein
- f. d. evang. Pfarramt	Michael Braukmann

Tel.: 030 / 86 47 13 - 0
030 / 568 23 661
0170 / 987 76 03

Fax: 030 / 86 47 13 - 49
e-mail: kusterka@sbh-berlin.de
Steuernummer: 671 / 54 807

Einverständnis- und Beitrittserklärung

Hiermit trete ich dem lichtblick Förderverein e.V. bei und erkläre mich mit der Satzung in der Fassung vom 02.10.01 einverstanden.

Diese Daten können dem lichtblick zur Verfügung gestellt werden: ja nein

Name: ja nein

Gesetzlicher Vertreter: ja nein

Vorname(n): ja nein

Geburtsdatum*: Beruf*: ja nein

Anschrift: ja nein

Telefon*: Fax*: e-mail*: ja nein

Den Jahresbeitrag (§ 6 der Satzung) in Höhe von zur Zeit 50 DM (25 Euro)

oder einen erhöhten Jahresbeitrag in Höhe von DM (min. 50 DM = 25 Euro)

sowie zusätzliche freiwillige Zahlungen bezahle ich

in bar per Scheck per Überweisung per Einzugsermächtigung

Ort, Datum: Unterschrift(en):

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den lichtblick Förderverein, den oben genannten Jahresbeitrag

erhöhten Jahresbeitrag sowie einmalig einen Betrag in Höhe von DM / Euro von dem

Konto Nr.: bei:

BLZ: Kontoinhaber: einzuziehen.

Ort, Datum:

Unterschrift(en) des / der Verfügungsberechtigten:

* Diese Angaben sind freiwillig

Name:

Vorname:

Straße:

PLz:

Ort:

lichtblick Förderverein

c/o Straffälligen- und Bewährungshilfe (sbh) Berlin e.V.

Bundesallee 42

10 715 Berlin

Auch eine Frau ist entschlossen, sich an der Wahl des Imperators zu beteiligen. Sybillus Klotzus, eine gestandene Frau aus der Provinz Lesbotanien. Sie steht dafür, daß jede mit jeder, wenn sie will...

Sybillus Klotzus

Männer?
Kannst du ge-
trost geschenkt
haben.

Giiib
miiiiir !!!



Doch, in
Flensburg!

Hat das mit dem
18 Punkte-Plan nicht so
richtig funktioniert?

Doch nicht nur bekannte Persönlichkeiten aus dem großen Reich stellen sich zur Wahl. Tegalien verlangt nach einem 18 Punkte-System, so Gyntus Punktus Rexrothus, Anführer einer kleinen liberalen Minderheitspartei. Doch jeder in ganz Tegalien weiß, daß es mit solchen Wahlprüchen nun wahrlich nichts werden kann. Wer geht schon gerne mit einer Payback-Karte in den Puff?

Nun, es gibt auch noch ganz andere, die unbedingt Imperator von Tegalien werden wollen. So unter anderem Gregorix Gysix. Ein ehemaliger großer Häuptling der Ost-Provinzen. Das gesamte Gebiet war damals von merkwürdigen Wesen besetzt. Sie steckten sich gerne rote Nelken an die Uniform und sollen sich sogar gegenseitig ausspioniert haben.

Es gingen noch andere merkwürdige Dinge in diesen Ost-Provinzen vor sich. Gerüchten zu Folge soll dort jedem Prätorianer nur noch hartes Klopapier ausgehändigt worden sein, damit auch noch das letzte Arschloch Rot wird. Doch nach dem letzten Aufstand im Jahre 1989 n. Chr. gibt es auch hier Hakle-Feucht.

Vergessen wir mal nicht
die kleinen Parteien.
Was heißt kleine...



Man muß nur mal
genau hinsehen!



Marcel, bin 23 J., fast 188 cm klein, schlank und tätowiert. Deshalb möchte ich auch Briefkontakt mit Frauen aufnehmen von 17-30 Jahre. Bitte mit Foto, wenn es geht. Würde mich über viele Zuschriften freuen.

Chiffre 10170

Stürmischer südländer, Steinbock (31/174/72), sucht nettes süßes, etwas freches Frauchen. Anhang kein Hindernis für einen gem. Neuanfang. Sympathie ist entscheidend. Willst Du es mit mir versuchen?! Ich beiße nicht, trau Dich.

Chiffre 10171

Knacki-Single (33/183), tätowiert, sucht die Frau mit großem Herzen. Kind kein Hindernis. Bin in Berlin Tegel.

Chiffre 10172

Ich, m, 28 J., suche Kontakt zu Frauen, Alter, Aussehen, Nationalität egal, für interessanten, aufregenden, hemmungslosen Briefwechsel! Gern auch Inhaftierte! Antwortgarantie!

Chiffre 10175

Rüdiger, 44 J. aber junggeblieben, 184 groß, grüne Augen, immer gut drauf und kein grüner Junge mehr. 10 Jahre Knasterfahrungen, schläft nicht auf den Baum., sucht Briefkontakt zu netten und interessanten Leuten.

Chiffre 10176

Andreas, (174/72), Löwe, dkl.bl. su. Kontakte zu netten Mädels. Gerne auch JVA Lichtenberg. TE 25.10.01. Komme gerne besuchen nach Entlassung.

Chiffre 10169

Blonde 36 Jahre, blauäugige 176cm, sportliche 70kg (M), das erste Mal »ortsgebunden« mit »sitzender Tätigkeit« im offenen Vollzug, sucht weibl. Ehrlichkeit u. Offenheit zum Träumen und Fröhlich sein. Mußt Du Dich nicht verstecken, wäre ein Foto ganz toll, egal ob aus der »Außenwelt« oder »vergitterten Idylle«. Hab Mut, ich hatte ihn auch.

Chiffre 10174

Andreas (29/171/91), braune kurze Haare, blaue Augen, JVA Amberg/Oberpfalz, suche ein nettes weibl. Wesen, das mich auch meiner Einsamkeit herausholt und nicht schreibfaul ist. Alter u. Aussehen sind zweitrangig, die inneren Werte zählen. Also, traut Euch!

Chiffre 10178

An alle männlichen Inhaftierten, die sich ein Federkrieg mit mir trauen. Bin W., 28 Jahre, 166 gr. schlank. Sehr einsam!!! Suche auf diesem Weg Briefkontakte. Jeder Brief wird beantwortet. Wer traut sich und tut mir die U-Haft ein wenig zu vergessen?

Chiffre 10179

Benjamin (34/179/69), Justizvollzugsanstalt Kaisheim/Bayern, sucht coole Briefk. zu anderen Gay's, befinde mich noch bis 23. Nov. 2003 in Haft. Bitte nur ernstgemeinte Zuschriften.

Chiffre 10173

Calle (37/175/75), z.Z. in Strafhaft in Moabit. Ich finde ein Baum ohne Ast, ist wie ein Mann ohne Knast. Habe dunkle Vergangenheit. Suche sie bis 40 J. für helle Zukunft zum Schreiben und vielleicht später mehr. Bitte mit Foto. Danke.

Chiffre 10180

Steinbock (37/176/60) aus Tegel sucht Sie (bis 45, nationalität egal) zw. Briefwechsel und vielleicht Kennenlernen, gerne auch aus JVA. Jede Zuschrift, möglichst mit Bild, wird beantwortet. Habt Mut!

Chiffre 10177

Er (26/185/85), sportlich, lieb, nett, treu, sucht verrücktes Huhn, egal woher, wo mit mir so ein bißchen schreiben will. Du solltest 20-35 Jahre alt sein. Ich bin z.Zt. in dem Maßregelvollzug habe aber Langzeitbesuch und Tagesausgänge bzw. Urlaub. Briefe mit Bild = 100% Antwort.

Chiffre 10181

Häftling, 41J. ca. 90 Kg, 191 cm, sucht Frau zwecks Bekanntschaft (Heirat nicht ausgeschlossen).

Chiffre 10182

40 jähriger Wassermann, evangelisch, in Haft in der JVA Dessau (Sachsen-Anhalt), TE 01/04, sucht Sie, ob in Haft oder in Freiheit egal, Alter ist auch egal Bild wäre nett. Antwort zu 100%

Chiffre 10183

33 jähriger Löwesucht tabulosen Briefwechsel zu Frauen aller Altersklassen, die mir Hemmungslos schreiben möchten. Antwortte dann auch mit meinen scharfen Erlebnissen. Ja schreibt mir offenen Eure heißen Erlebnisse. Ein Foto von Dir ist 1000%ige Antwortgarantie. Aber auch ohne Foto werde ich Dir schreiben. Ich warte gespannt auf Deinen langen Brief, trau Dich ruhig, bin für alles offen und aufgeschlossen.

Chiffre 10184

Tommy (37/187/89) in der JVA Plötzensee sucht auf diesem Weg kontakt zu weiblichen Wesen, Alter und Nationalität ist egal. Sympathie entscheidet, bin spontan, humorvoll und locker. Also ran an den Kuli.

Chiffre 10185

Hamburger Jung (27/173/70), z. Zt. JVA Tegel hat während seiner Haft den Anschluß verloren und möchte gern wieder wissen, was Frauen so denken! Stehe vor Lockerung und möchte auch in Berrlin bleiben. Was soll ich sagen - schick ab.

Chiffre 10186

Schmusekater sucht liebes Kätzchen für einen langen Briefkontakt. Bin 39/180/80, habe braune Augen und braune Haare. Meine Hobbys sind Musik hören und Pop - Techno. Ich koche und backe gern, aber

Fundgrube

1. Eine kostenlose Chiffreanzeige kann jeder im **lichtblick** veröffentlichen lassen. Ausgenommen sind Handels- und Tauschgeschäfte.
2. Die Seriosität einer Anzeige kann von der Redaktion nicht geprüft werden. Wir behalten uns daher vor, Anzeigen abzuändern oder überhaupt nicht zu veröffentlichen.
3. Zuschriften sind ausreichend frankiert zu senden an:

der lichtblick

Chiffre-Nr.: ...

Seidelstr.39, 13507 Berlin

Für das Porto des weiterzuleitenden Briefes muß eine Briefmarke (1,10 DM) beigelegt werden. Alle Zuschriften unterliegen der Postkontrolle, werden von den zuständigen Beamten geöffnet und auf verbotene Beilagen hin kontrolliert.

4. Die Redaktion übernimmt keinerlei Haftung.

Kontaktanzeigen im Internet

Für unsere lichtblick Leser gibt es jetzt eine neue Möglichkeit eine Annonce zu veröffentlichen. Der Bremer Rechtsanwalt Thomas H. Hemmersbach vermittelt seit geraumer Zeit Brieffreundschaften zu Todestrakt-Insassen in den USA. Er hat sich nunmehr entschieden, auch Speicherkapazitäten für die Vermittlung von Brieffreundschaften zu deutschen Gefängnissen zur Verfügung zu stellen.

Der im folgenden Abgedruckte Bogen, nach dem Beispiel der USA-Vermittlungsseite kann von Euch ausgefüllt werden und wird dann, sortiert nach Bundesländern ins Internet gestellt.

Herrn Rechtsanwalt
Thomas H. Hemmersbach
Kohlhökerstraße 49
28203 Bremen

Sehr geehrter Herr Hemmersbach,

ich möchte Sie bitten, auch mich auf Ihrer Internetseite zu platzieren

Mein Name ist:
Ich bin in der Haftanstalt:
Mein Alter ist:
Mein vorraussichtl. Haftende ist am:
1. 1/2-Strafe:
2. 2/3:
3. Endzeit

Ich wünsche mir eine Brieffreundschaft mit einer/einem

Frau:

Mann:

egal:

Meine Hobby's sind:

Ich möchte Sie bitten, folgenden Text auf der Seite für mich zu platzieren (hier sollten Sie hinschreiben, was Sie von Ihrem Brieffreund bzw. Ihrer Brieffreundin innerhalb der Brieffreundschaft erwarten):

Mir ist bekannt, daß das Angebot des Rechtsanwalts hemmersbach kostenlos ist und der Rechtsanwalt Hemmersbach nicht verpflichtet ist, meine Angaben, so wie gemacht, zu platzieren. Es bleibt ihm vorbehalten, insbesondere Text in rede zu verändern, wobei er sinngemäß beibehalten werden soll. Mir ist ebenfalls bekannt, daß ich kein Recht darauf habe, daß Rechtsanwalt Hemmersbach meinem Veröffentlichungswunsch entsprechen muß.

Datum:

Unterschrift des Inhaftierten

was ich am liebsten tue ist sehr lange Briefe schreiben, sowie Liebesgedichte. Na neugierig geworden, dann schreibt mir schnell zurück. Über ein Foto von Euch oder Dir würde ich mich sehr freuen. Antwort 100%
Chiffre 10188

An die schöne Frauenwelt da draußen! Wer von Euch hübschen Täubchen zw. 18-33J. hat Lust mir einen Jungen vom Sternzeichen Zwilling zu schreiben, eventuelles späteres kennenlernen

nicht ausgeschlossen Bin 22J. 175 cm groß und wiege 75 kg und bin sehr sportlich. Jeder brief 100% Antwort!
Chiffre 10187

Teufel 30/173/65 z.Zt. in der JVA Torgau in Haft, aucht eine Teufeline, im Alter von 20 bis 40 Jahre für einen Briefkontakt und später mehr. Bin Ehrlich, Treu und Zuverlässig. Verstehe viel Spaß und bin sehr spontan. Meine Hobby's sind Musik von A-Z. Über ein Foto von

Dir würde ich mich sehr freuen. Antworte 1000%ig. Trau Dich dem Teufel die Stirn zu bieten!
Chiffre 10189

Schon knapp 33 J. und immer noch solo. Ruhiger, 184 cm großer Mann (!), sucht eine Frau die nicht immer alles so ernst sieht. Sie sollte zwischen 25 - 33 Jahre alt sein, sie sollte wissen was sie will und konsequent sein. Würde mich über einen Brief mit Foto sehr freuen.
Chiffre 10010

Antworten auf Chiffre-Anzeigen sind dem lichtblick wie folgt zuzusenden:

a) Direkt auf den Brief, der an die Inserierenden gerichtet ist, müssen der Name und die Anschrift des Absenders sowie die Chiffre-Nr. geschrieben werden.

b) Dieser Brief ist dann in einem offenen Umschlag (wegen der Postkontrolle: die Briefe werden nicht gelesen, aber auf verbotene Beilagen hin geprüft) zu legen. Der Umschlag sollte nicht beschrieben sein (bestenfalls kann, aber nur mit Bleistift, die Chiffre-Nr. darauf stehen).

c) Der unbeschriebene Umschlag ist dann zusammen mit ausreichend viel lose beigelegtem Porto in einem zweiten Umschlag zu legen. Dieser Umschlag wird schließlich verschlossen (und ausreichend frankiert) an den lichtblick gesendet.

Abzocke

Preisaufschläge im Losverfahren
Durchschnittliche Preissegmente und Zuverlässigkeit in jeder Form

Dem Erfindungsreichtum sind in Tegel keine Grenzen gesetzt. Nicht genug das wir ein ewiges Streitthema mit dem Telefon haben, nun stehen wir wieder einmal vor dem Preisproblem beim Einkauf.

Bei EDEKA kostet der Kaffee z. Bsp. nur 6,49 DM. In Tegel werden kurzer Hand 50% Aufschlag verschenkt. Und nun kann ein Gefangener nicht mal mehr auf die Hauspreise des Anstaltskaufmann vertrauen.

Der folgende Fall wäre schon fast eine Sache für den Staatsanwalt.

Sachverhalt:

Gefangener X kauft sich beim Einkauf eine Thermoskanne. Schlimm genug das eine Thermoskanne Marke 0-8-15 schon mal schlapp 30,-DM kostet. Doch nun muß der Gefangene feststellen, daß die gekaufte Kanne ja eigentlich nicht rund 30,-DM kostet, sondern nur rund 20,-DM! Die Kanne verfügte zum erstaunen des Gefangenen noch über ein Preisschild der Firma Wenco dem zu entnehmen war, daß die Thermoskanne lediglich 20,52 DM kostete und nicht 28,90 DM die ihm dafür berechnet wurden. Nachdem der Einkauf davon Wind bekam, bot man dem Gefangenen eine weitere Kanne an. So zusagen als Schmerzensgeld. Das wirft die Frage auf, ob es nicht an der Zeit ist die so hochgelobte Preisstrukturierung genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn jeder kann sich denken das bei der Einführung des Euro noch die eine oder andere versteckte Preiserhöhung auf uns zu kommt.



Art-Nr	Wenge	Bezeichnung	Wenge	Preis	Summe
1127	1,20	Eine-Werthe-Bonbons-Zwei	7%	1,38 DM	1,38 DM
11442	1,00	Wen-Spann-haltig-Pfl.	7%	1,19 DM	1,19 DM
1152	1,50	Wenge-Zei	7%	1,79 DM	1,79 DM
1154	1,50	Duo-17-Riegel	7%	1,79 DM	1,79 DM
14124	1,00	Beckmann-Schokolade	7%	1,19 DM	1,19 DM
14125	1,00	Beckmann-Vanille-Ar	7%	1,19 DM	1,19 DM
14126	1,00	Wen-1Kg	7%	1,19 DM	1,19 DM
14128	1,00	Tomengut-Kar-Ser	7%	1,19 DM	1,19 DM
V 3,00 ✓ Schauma-Shampoo for men			16%	3,99 DM	11,97 DM
✓ 1,00 Thermoskanne, Rotpunkt			16%	28,90 DM	28,90 DM
- 2,00 Fladenbrot 500g			7%	1,99 DM	3,98 DM
Gesamt					1,48 DM
Preis					1,48 DM
inkl. 7% MWST =					1,58 DM
inkl. 10% MWST =					1,63 DM

Hinzu kommt, daß es dem Gefangenen kaum möglich ist, seine Ware wirklich zu überprüfen. Was ist mit dem Obst und dem Gemüse? Zwar steht das Gewicht auf den Listen, aber wer weiß wirklich so genau ob es den Angaben dann auch entspricht? Wäre es nicht ratsam sich eine Waage anzuschaffen damit sich der Gefangene auch davon überzeugen kann das da auch 500 Gramm drin sind und es nicht nur darauf zu lesen ist. Am Beispiel der Thermoskanne kann der Gefangene wohl doch nicht auf die Angaben vertrauen die in der Liste des Einkaufscheins vermerkt sind.

Nicht genug das die meisten Waren eh schon überteuert sind, nein - nun wird auch noch auf »Blond« versucht abzuzocken. Es ist an der Zeit das sich hier dringend etwas ändert. Hoffen wir nur das dies nicht auch noch was kostet.



Die Redaktionsgemeinschaft des Gefangenenmagazins der lichtblick möchte sich bei all den vielen Menschen bedanken, die es ermöglichten, den lichtblick mehr als 30 Jahre lang zu produzieren und kostenlos zu versenden. Damit der lichtblick auch weiterhin allen, insbesondere den sozial Schwächsten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden kann, bedarf es angesichts der für dieses Jahr schon angekündigten Mittelkürzungen weiterer gemeinsamer Anstrengungen – das Redaktionsteam wird seinen Beitrag leisten: im Jahr 2001 wird auf besonders liebe Weise über das Vollzugsgeschehen berichtet werden. Bis dahin: Standhaft bleiben!

Seid doch nicht so anspruchsvoll!

Wenn man die Weltbevölkerung auf ein 100 Seelen zählendes Dorf reduzieren könnte und dabei die Proportionen aller auf der Erde lebenden Völker beibehalten würde, wäre dieses Dorf folgendermaßen zusammengesetzt:

57 Asiaten
 21 Europäer
 14 Amerikaner (Nord-, Zentral- und Südamerikaner)
 08 Afrikaner

Es gäbe:

52 Frauen und 48 Männer
 30 Weiße und 70 nicht Weiße
 30 Christen und 70 nicht Christen
 89 Heterosexuelle und 11 Homosexuelle

Sechs Personen besitzen 59 % des gesamten Reichtums und alle 6 kämen aus den USA, 80 lebten in maroden Häusern, 70 wären Analphabeten, 50 würden an Unterernährung leiden, einer wäre dabei zu sterben, einer wäre dabei geboren zu werden, einer besitzt einen Computer, einer (ja, nur einer) hätte einen Universitätsabschluß.

Wenn man die Welt auf diese Weise betrachtet, wird das Bedürfnis nach Akzeptanz und Verständnis offensichtlich.

Du solltest auch folgendes bedenken: Wenn Du heute morgen aufgestanden bist und eher gesund als krank warst, hast Du ein besseres Los gezogen als die Millionen Menschen, welche die nächste Woche nicht mehr erleben werden. Wenn Du noch nie in der Gefahr einer Schlacht, in der Einsamkeit der Gefangenschaft, im Todeskampf der Folterung oder im Schraubstock des Hungers warst, geht es Dir besser als 500 Millionen Menschen. Wenn Du zur Kirche gehen kannst ohne Angst haben zu müssen bedroht, gefoltert oder getötet zu werden, hast Du mehr Glück als 3 Milliarden Menschen.

Wenn Du Essen im Kühlschrank, Kleider am Leib, ein Dach über dem Kopf und einen Platz zum Schlafen hast, bist Du reicher als 75 % der Menschen dieser Erde. Wenn Du Geld auf der Bank, in Deinem Portemonnaie und im Sparschwein hast, gehörst Du zu den privilegiertesten 8 % dieser Welt. Wenn Deine Eltern noch leben und immer noch verheiratet sind, bist Du schon wahrlich eine Rarität. Wenn Du diese Nachricht erhältst, bist Du direkt zweifach gesegnet: Zum einen weil jemand an Dich gedacht hat, und zum anderen weil Du nicht zu den zwei Milliarden Menschen gehörst, die nicht lesen können.

Arbeite, als bräuchtest Du kein Geld.

Liebe, als habe Dir nie jemand etwas zu leide getan.

Tanze, als ob niemand Dich beobachte.

Singe, als ob niemand Dir zuhöre.

Lebe, als sei das Paradies auf Erden.

Schicke diese Nachricht an Deine Freunde. Wenn Du sie nicht weiterschickst, wird gar nichts passieren. Wenn Du sie Weiterschickst, wird jemand beim Lesen lächeln...

by Rüdiger Sonntag zit. n. Das Pendel 03/2001 S. 14

der lichtblick, Seidelstraße 39, 13507 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, A 48977

